E&W

Erziehung & Wissenschaft 01/2019
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

GEW

6%

Tarifrunde der Länder

6 Prozent mehr Gehalt

Foto: privat

KLAUS KLEMM

Aus Gründen der Gerechtigkeit

Kaum je hat der Satz „Bildungsausgaben sind Investitionen in die Zukunft“ mehr gestimmt als in diesen Tagen. Deutschland muss in Bildung investieren, um in seinen Bildungseinrichtungen den Bedarf an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu decken, die Attraktivität der Arbeit in den Einrichtungen zu erhöhen und nicht zuletzt: aus Gründen der Gerechtigkeit.

Der Fachkräftemangel in den Bildungseinrichtungen ist derzeit unübersehbar – insbesondere in den Kindertagesstätten, den Grund- und Förderschulen sowie den beruflichen Schulen.

Für den Kita-Bereich müssen die Ausbildungszahlen drastisch erhöht werden. Gebühren, die junge Menschen für die Ausbildung oft noch zahlen müssen, sollten gänzlich abgeschafft werden. Wichtiger noch wäre eine weitergehende Maßnahme: Die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern findet in Schulen und in Kindertageseinrichtungen statt, also wie die vieler anderer Auszubildender dual – wenn auch zeitlich anders gestaffelt. Ein Weg, die Zahl neu ausgebildeter Erzieherinnen und Erzieher zu erhöhen, wäre, ihnen während ihrer Ausbildung – wie im dualen Ausbildungssystem üblich – eine Ausbildungsvergütung zu zahlen. Verbunden mit einer angemessenen Anhebung der Gehälter später im Beruf.

Auch in den Schulen, insbesondere in den Grundschulen, liegt eine Bedarfsdeckung durch ausgebildete Lehrkräfte in weiter Ferne – nicht, weil sich zu wenige Studienberechtigte für den Beruf der Grundschullehrkraft interessieren, sondern weil ihnen der Zugang zu einem entsprechenden Studium verwehrt wird. Noch 2017 versperrten alle deutschen Hochschulen, die ein Studium für das Lehramt an Grundschulen anboten, durch einen Numerus clausus Tausenden den Weg zum Beruf der Grundschullehrerin bzw. des Grundschullehrers. Die Folgen des so hervorgerufenen Fachkräftemangels lassen sich nicht kurzfristig ausbügeln. Dies wird viel Zeit brauchen. Und Geld, denn dafür ist deutlich mehr Personal an den Hochschulen nötig.

Allerdings gilt auch: Gebührenfreiheit und Ausbildungsvergütung bei der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern sowie eine bedarfsgerechte Erhöhung der Ausbildungskapazitäten an den Hochschulen allein bieten noch keine Garantie dafür, dass die freien Arbeitsplätze in Kitas und Schulen wenigstens Mitte der 2020er-Jahre besetzt werden können. Dafür muss auch die Attraktivität der Arbeit in den Einrichtungen gesteigert werden. Gehaltserhöhungen leisten hier einen Beitrag, doch auch die Arbeitsbedingungen müssen besser werden: in den Kitas durch verbesserte Betreuungsrelationen, in den Schulen dadurch, dass Lehrkräfte mehr Zeit für Unterricht und Schulentwicklung bekommen. Zeit, die sie zur Verfügung hätten, wenn sie bei administrativen und organisatorischen Aufgaben durch dafür ausgebildetes Personal entlastet würden.

Und nicht zuletzt: Nicht nur eine bedarfsgerechte Ausbildung und eine Attraktivitätssteigerung der Berufe in unseren Bildungseinrichtungen sind unverzichtbar für die Zukunft von Bildung in Deutschland, sondern auch das Schließen einer Gerechtigkeitslücke: Spätestens seit die Studienzeiten aller Lehramtsstudiengänge angepasst wurden, gibt es kein Argument mehr, einem Teil der Lehrkräfte die höchste Unterrichtsverpflichtung aufzubürden, gleichzeitig aber mit der Verweigerung einer Einstiegsbesoldung nach A13 das niedrigste Gehalt zu bieten. Genauso wenig kann die riesige Einkommenslücke, die zwischen Abertausenden angestellter Lehrkräfte und ihren beamteten Kolleginnen und Kollegen klafft, hingenommen werden.

Ein Tarifkampf für eine bedarfsgerechte Ausstattung der Bildungseinrichtungen, eine gesteigerte Attraktivität der Arbeit in ihnen und mehr Gerechtigkeit bei der Bezahlung dieser Arbeit ist ein guter Tarifkampf.

Klaus Klemm,
Bildungsforscher, Professor i. R. an der Uni Duisburg-Essen

Inhalt

Prämie des Monats
Seite 5

Gastkommentar
Aus Gründen der Gerechtigkeit — Seite 2

Impressum — Seite 3

Auf einen Blick — Seite 4

Prämie des Monats — Seite 5

Schwerpunkt: Tarifrunde Länder
1. Tarifverhandlungen: Alles andere als langweilig — Seite 6
2. Tarifforderung: 6 Prozent mehr! — Seite 7
3. Arbeitsalltag: Manager, Sozialarbeiter, Mangelverwalter – nebenbei Lehrer — Seite 10
4. So erleben wir Tarifrunden: Alles, nur kein Ritual — Seite 12
5. Lohnzuwächse: Geradezu ein Muss — Seite 14
6. JA13: Bessere Bezahlung für Lehrkräfte – es tut sich was … — Seite 16
7. Wie Beamtinnen und Beamte bei Streiks helfen können — Seite 18
8. GEW-Kommentar: Nicht trivial! — Seite 19

Bildungspolitik
1. Bundeshaushalt für Bildung: … dann lahmt auch noch der Amtsschimmel — Seite 20
2. Streit um Kooperationsverbot: Föderaler Starrsinn — Seite 22
3. GEW-Kommentar: Vermittlung jetzt! — Seite 24

Hochschule
1. Follow-up zum „Templiner Manifest“: Von Budenheim nach Berlin — Seite 25
2. Abgeordnete Lehrkräfte an Hochschulen: Pendler zwischen den Welten — Seite 26
3. Interview mit Prof. Peter-André Alt: Schwerwiegender Fehler — Seite 28

Länderserie Fachkräftemangel
Rheinland-Pfalz: „Wir sind am Limit“ — Seite 30

Initiative „Bildung. Weiter denken!“
Zukunftsarchitektur berufsbildender Schulen: Mehr Freiheit! — Seite 34

Berufliche Bildung und Weiterbildung
GEW-Studie zum Lehrkräftemangel an Berufsschulen: Ausbilden! — Seite 36

Schule
1. Plädoyer gegen Hausaufgaben: „Ach, das mach ich nebenher …“ — Seite 38
2. Schulgesundheitsfachkräfte: Erfolgsrezept mit positiven Nebenwirkungen — Seite 40
3. Ideenwettbewerb „Schools of Tomorrow“: Hightech und Kräutergarten — Seite 42

Gesellschaftspolitik
attac-Kongress: Ein anderes Europa ist möglich — Seite 43

GEW-Intern
MaiMeeting im hessischen Bad Orb — Seite 44

Leserforum — Seite 44

Diesmal — Seite 48

Titel: Werbeagentur Zimmermann

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 71. Jg.

Herausgeberin:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redakteurin: Helga Haas-Rietschel
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
katja.wenzel@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.

Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung und Wissenschaft“ auch auszugweise nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Heddernheimer Landstraße 144
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 01.01.2019,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

Kernbotschaft im Fokus

Das neue Handbuch Presse-und Öffentlichkeitsarbeit, herausgegeben vom GEW-Hauptvorstand, richtet sich an alle ehrenamtlich Aktiven sowie hauptamtlich Beschäftigten, die im Medienbereich engagiert sind. Vermittelt wird, wie (Massen-)Kommunikation funktioniert, Journalistinnen und Journalisten ticken und wie wichtig es ist – beispielsweise für eine Pressemitteilung oder eine Online-Nachricht –, die Kernbotschaft herauszuarbeiten. Kurz: Das Handbuch ist ein kompaktes Nachschlagewerk, das mit vielen Tipps die praktische Arbeit unterstützt. Einzelpreis 2,50 Euro, Bestellungen bis neun Stück: www.gew.de/broschueren-bestellen, ab zehn Exemplaren: www.gew-shop.de.

„Gute-Kita-Gesetz“ startet

In den letzten Sitzungen von Bundestag und Bundesrat 2018 haben beide Gremien dem sogenannten Gute-Kita-Gesetz zugestimmt. Es kann nun doch, wie geplant, im Januar in Kraft treten. Bei der abschließenden Beratung im Bundesrat betonte Familienministerin Franziska Giffey (SPD) die Verantwortung des Bundes für die Betreuung der Jüngsten in den Kindertagesstätten. „Wir wollen Länder und Kommunen damit nicht alleine lassen“, sagte Giffey. Demnach sollen vom Bund bis 2022 rund 5,5 Milliarden Euro an die Länder fließen, für dieses Jahr sind zunächst nur 500 Millionen Euro vorgesehen. Die zusätzlichen Mittel sollen dazu dienen, längere Kita-Öffnungszeiten zu finanzieren oder mehr Erzieherinnen und Erzieher einzustellen. Das Vorhaben soll anders finanziert werden als der vorerst gestoppte Digitalpakt für die Schulen (s. S. 22 f. und 24). Die Länder erhalten die 5,5 Milliarden Euro über einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer. Das Familienministerium musste zuvor mit allen 16 Ländern Zielvereinbarungen aushandeln, um sicherzustellen, dass das Geld des Bundes wirklich in die Kitas fließt. GEW und Sozialverbände kritisieren, dass der Kita-Geldsegen des Bundes zeitlich befristet sowie nicht zweckgebunden sei und zu gering ausfalle (s. E&W 10/2018). Eine ausführliche Berichterstattung folgt in der Februar-Ausgabe der E&W.

didacta in Köln

Die größte europäische Bildungsmesse didacta findet vom 19. bis 23. Februar in der Kölner Messe statt. Die GEW ist mit je einem Stand im Kita- und Schulbereich präsent. Mitglieder und Interessierte können sich hier beraten lassen oder bei einem Kaffee eine Auszeit vom Messetrubel gönnen. Für Referendarinnen und Referendare sowie junge Mitglieder bietet die GEW ein spezielles Beratungsangebot zum Berufseinstieg an.
Schulstand: Halle 7, Stand A50 | Kitastand: Halle 9, Stand F91
Zudem erwartet die Messegäste ein umfangreiches bildungspolitisches Programm. Zum Beispiel:

- 22. Februar, 14 Uhr: Von wegen Gute-Kita-Gesetz: Entwicklung, Hintergründe, Bewertung, CCN Raum B
- 23. Februar, 13.30 Uhr: Inklusion in Nordrhein-Westfalen: notwendige Kurskorrektur oder Rolle rückwärts? Forum Bildung, Halle 7, Stand D40/E41

Mehr unter: www.gew.de/didacta

Bayern: weitere Tarifgespräche

Ohne eine Einigung ist am 11. Dezember vergangenen Jahres die dritte Verhandlungsrunde für die tarifliche Eingruppierung angestellter Lehrkräfte in bayerischen Kommunen zu Ende gegangen. In Bayern arbeiten etwa 3.000 angestellte Lehrkräfte an kommunalen Schulen. Im Vorfeld hatte die GEW ihre Forderungen an den kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) präzisiert. Die Gewerkschaft verlangt einen längst überfälligen Eingruppierungstarifvertrag, der die regionalen Besonderheiten berücksichtigt. Die Tarifgespräche, die in konstruktiver Atmosphäre stattgefunden haben, werden am 19. März in Nürnberg fortgesetzt.

Plaßmann blickt zurück

Der Zeichner Thomas Plaßmann, dem E&W viele treffsichere Karikaturen verdankt (s. S. 21 und 22), hält in seinem neuen Buch „Unterm Strich“ Rückblick auf das vergangene Jahr. Plaßmann begleitet mit spitzer Feder in „Was lange währt, wird endlich …?“ den Weg von Union und SPD in die GroKo oder bringt Donald Trumps Tun in „Neues aus Crazytown“ auf den politischen Zeichenpunkt. Eine Zeit-Chronik wie sie besser nicht sein kann.
Thomas Plaßmann, „Unterm Strich“, Klartext Verlag, Essen 2018

Lorz neuer KMK-Präsident

Foto: dpa

Alexander Lorz

Der hessische Kultusminister Alexander Lorz (CDU) löst turnusgemäß Thüringens Bildungsminister Helmut Holter (Linke) an der Spitze der Kultusministerkonferenz (KMK) ab. Lorz will in dem Jahr seiner KMK-Präsidentschaft die geplante, nun verschobene Digitalisierung der Schulen vorantreiben. Als weiteren Schwerpunkt nennt der CDU-Politiker die Deckung des Lehrkräftebedarfs.

Kein Grund zum Jubeln

Bund, Länder und Kommunen haben im vorvergangenen Jahr erneut mehr Geld in Bildung investiert, steht im Ende 2018 veröffentlichten Bildungsfinanzbericht. Die Summe der Ausgaben ist demnach 2017 um fünf Milliarden Euro auf 133,4 Milliarden Euro gestiegen, etwa die Hälfte, 66,1 Milliarden Euro, floss in die Schulen. Die Hochschulen erhielten rund 30,5 Milliarden und Kindertageseinrichtungen 26,6 Milliarden Euro. Alles bestens? Nein, sagt die GEW. „Die Jubel-Rekordzahlen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Bildungswesen in Deutschland weiterhin dramatisch unterfinanziert ist“, sagte Ansgar Klinger, im GEW-Vorstand für berufliche Bildung und Weiterbildung verantwortlich. Dass die Bildungsausgaben steigen, sei angesichts einer prosperierenden Wirtschaft nichts Besonderes. Gemessen an seiner Wirtschaftskraft gebe Deutschland im Schnitt weniger Geld aus als die Staaten der Europäischen Union. Aus dem aktuellen Bildungsfinanzbericht gehe auch hervor, dass die Länder mit gut 71 Prozent den Löwenanteil der öffentlichen Bildungsausgaben bestritten, die Kommunen leisteten einen Beitrag von knapp 22 Prozent, der Bund zahle lediglich 7 Prozent, stellte Klinger fest.

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwarten Sie vier CinemaxX-Gutscheine.*

Prämie des Monats Januar:

Vier CinemaxX-Gutscheine

Lachen, weinen, zittern, schmachten, erschrecken ...
Auch große Emotionen sind im Kollektiv am schönsten.
Vier Frei-Tickets für 30 CinemaxX-Kinos bundesweit.

Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name _____ GEW-Landesverband _____

Straße/Nr. _____ Telefon _____ Fax _____

PLZ/Ort _____ E-Mail _____

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E&W-Prämie des Monats Januar 2019/CinemaxX-Gutscheine

Alles andere als

Fotos: Kay Herschelmann

// Es ist Länder-Tarifrunde – die nächste Gehaltserhöhung kommt! Doch bis dahin ist es ein langer Weg, eine Tarifrunde ist nicht im Sprint zu nehmen. Gewerkschaftsmitglieder können die Zeit nutzen, um sich aktiv in die Tarifrunde einzumischen. Das hilft nicht nur, einen besseren Abschluss durchzusetzen, es macht auch mehr Spaß. //

Bereits im September 2018 haben die GEW-Mitglieder begonnen, über die Forderungen zur Länder-Tarifrunde 2019 zu diskutieren. Diese Forderungsdiskussion findet in jeder Tarifrunde statt. Sie hat das Ziel, möglichst alle Mitglieder, für die der Abschluss gelten wird – diesmal also in Schulen, Kitas und Hochschulen –, einzubeziehen. Das ist eine gute Gelegenheit, mit Kolleginnen und Kollegen ins Gespräch zu kommen: Wo drückt der Schuh? Was soll sich ändern? Was können wir gemeinsam erreichen? Denn gewerkschaftliche Forderungen machen nur Sinn, wenn sie die Bedürfnisse der Beschäftigten aufnehmen. Nur dann hat die Arbeit der Gewerkschaft etwas mit der Arbeitswirklichkeit zu tun. Nur dann werden Beschäftigte die Tarifrunde unterstützen.

Dafür ist die Diskussion unter den Kolleginnen und Kollegen wichtig. Wenn sie einander kennenlernen und sich in Betriebsgruppen oder regionalen Arbeitsgruppen vernetzen, wird die Tarifrunde zu einem gemeinsamen Projekt. In dieser Situation wird auch Beschäftigten, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind, die Notwendigkeit von Gewerkschaftsarbeit klar. Das ist dann oft der richtige Zeitpunkt, in eine Gewerkschaft einzutreten.

Die angestellten Beschäftigten profitieren unmittelbar von den Ergebnissen der Tarifrunde. Allerdings fordert die GEW in jeder Runde, das Ergebnis auch auf die Besoldung der Beamtinnen und Beamten zu übertragen. Da bekommt Solidarität besonders in „gemischten“ Kollegien eine besondere Bedeutung. „Gemeinsam statt einsam“ lautet die Devise. Denn auch Beamtinnen und Beamte können sich trotz Streikverbots an Aktionen rund um die Arbeitsniederlegungen beteiligen und diese mitplanen (s. S. 18). Damit unterstützen sie die tarifbeschäftigten Lehrkräfte, die in dieser Runde nicht nur für bessere Gehälter kämpfen, sondern auch Verbesserungen an ihrem Eingruppierungstarifvertrag erreichen wollen (s. S. 16).

Ziel der Arbeitgeber ist, dass der Abschluss sie möglichst wenig kostet. Deshalb steht am Ende der Verhandlungen immer ein Kompromiss, der nicht alle Hoffnungen und Erwartungen erfüllen kann. Je mehr Kolleginnen und Kollegen die Tarifauseinandersetzung als ihr eigenes Projekt begreifen und erfahren, wie Kompromisse zustande kommen, desto mehr Verständnis haben sie, wenn am Ende nicht alle Forderungen durchgesetzt werden konnten.

Forderungen

Im Dezember haben die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ihre Forderungen miteinander abgestimmt, beschlossen und veröffentlicht (s. Kasten S. 7).

In dieser Tarifrunde ist die Hauptforderung eine kräftige Gehaltserhöhung von 6 Prozent, mindestens jedoch 200 Euro. Das ist wichtig, weil die Preise derzeit spürbar steigen. Und gute Arbeit verdient eine gute Bezahlung. Von einer ordentlichen Lohnsteigerung profitieren alle Beschäftigten, egal ob sie an einer Schule oder Hochschule, in einer Kita oder bei einer Landesbehörde arbeiten. Das ist auch gesellschaftlich sinnvoll, weil der öffentliche Dienst sonst noch mehr Probleme bekommt, Nachwuchs zu rekrutieren. Gerade im Bildungsbereich ist der Fachkräftemangel inzwischen offensichtlich und wirkt sich zunehmend auch auf die Qualität der Arbeit aus.

Bei der Entgeltordnung zum Tarifvertrag der Länder (TV-L) geht es um die Angleichung von Beschäftigungsbedingungen: Im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst haben die Kolleginnen und Kollegen 2015 nach langen Streiks eine

langweilig

Aufwertung ihrer Tätigkeiten durchgesetzt. Dieses Niveau wollen die Landesbeschäftigten jetzt auch erreichen. Sonst wandern die qualifizierten pädagogischen Fachkräfte, die im Unterricht, im Ganztag oder in den Berliner Kitas wertvolle Arbeit leisten, aus dem Landesdienst zu den Kommunen ab.

Auch im Hochschulbereich gibt es tarifpolitische Herausforderungen, die in der Tarifrunde thematisiert werden. Insbesondere sollen das Befristungsunwesen eingedämmt und Berufserfahrung besser anerkannt werden. An den Hochschulen ist gewerkschaftliche Arbeit oft der Kampf Weniger, weil viele Kolleginnen und Kollegen sich in erster Linie als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler fühlen und nicht als Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer, die ein Recht auf guten Lohn und faire Arbeitsbedingungen haben. Umso wichtiger ist es, sich zu vernetzen, gemeinsam kreative Formen des Protests zu entwickeln und als Gewerkschaft Flagge zu zeigen. Ab dem 21. Januar wird hinter verschlossenen Türen verhandelt. Aktive Mitglieder kramen ihre GEW-Fahnen und Streikwesten hervor, denn sie wissen, sie werden jetzt zu Warnstreiks aufgerufen. Sie motivieren Kolleginnen und Kollegen, mitzumachen, verteilen Infomaterial, machen Aushänge, organisieren Busse und Streiklokale. Warnstreiks sind jedoch nicht nur routinemäßige Pflichterfüllung. Sie machen auch Spaß. GEW-Mitglieder haben in den vergangenen Tarifrunden vielerorts mit kreativen Aktionen und einem bunten Programm den Streik zu ihrem Streik gemacht. Sei es ein Flashmob in der Fußgängerzone, der GEW-Chor im Streiklokal oder die Sambagruppe auf der Kundgebung. Die Vorbereitung ist eine gute Gelegenheit zu diskutieren, ins Gespräch zu kommen, sich zu treffen, zu vernetzen und gemeinsam aktiv zu werden. Der Streiktag wird zum Höhepunkt einer gemeinsamen Sache.

Die Kolleginnen und Kollegen in pädagogischen Berufen haben oft ein echtes Problem. Wenn sie streiken, trifft

6 Prozent mehr!

6 Prozent mehr Gehalt, mindestens jedoch 200 Euro fordern die Gewerkschaften in der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes für die Länder-Beschäftigten. Die GEW verlangt zudem Verbesserungen bei der Eingruppierung angestellter Lehrkräfte. Zusätzlich sollen die Einkommen der im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) der Länder Beschäftigten an den Verdienst der SuE-Kolleginnen und -Kollegen bei den Kommunen angeglichen werden.

„Die Gehälter der Beschäftigten müssen aufgrund der anziehenden Lebenshaltungskosten und der wirtschaftlichen Entwicklung kräftig erhöht werden, damit auch bei den Reallöhnen ein Plus herauskommt. Die Länder nehmen Jahr für Jahr mehr Steuern ein, es gibt für sie keinen Grund zu jammern“, begründete GEW-Vorsitzende Marlis Tepe die Forderungen während einer Pressekonferenz von ver.di, GdP, GEW und Beamtenbund.

Sie forderte die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) auf, mit der GEW über eine bessere tarifliche Eingruppierung angestellter Lehrkräfte zu verhandeln: „Die sogenannte Paralleltabelle muss endlich kommen! Angesichts des dramatischen Lehrkräftemangels muss der Beruf wieder attraktiver werden. Dazu gehört eine gute Bezahlung.“ Mit der Paralleltabelle soll sichergestellt werden, dass beispielweise Angestellte, die jetzt nach der Entgeltgruppe (E) 11 bezahlt werden, während vergleichbare verbeamtete Lehrkräfte A12 erhalten, künftig in E12 eingeordnet werden (s. S. 16 f.).

„Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, die SuE-Beschäftigten der Länder nicht schlechter zu bezahlen als ihre Kolleginnen und Kollegen bei den Kommunen“, betonte Tepe. „Hier gibt es erheblichen Nachholbedarf!“ Die GEW verlangt die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf Beamte.

Ulf Rödde, Redaktionsleiter der „Erziehung und Wissenschaft“

Fotos: Kay Herschelmann

das nicht nur den Arbeitgeber, sondern vor allem die Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern der Kinder, die sie betreuen. Menschen also, zu denen sie häufig eine persönliche Bindung aufgebaut haben. Diesen Konflikt muss man ernst nehmen. Für besondere Härtefälle schließen die Gewerkschaften Notdienstvereinbarungen ab, um beispielsweise die Betreuung von Schwerstbehinderten zu gewährleisten. Berufstätige Eltern haben meist Verständnis, wenn man ihnen erklärt, worum es geht und warum Streiks erforderlich sind. Sie wissen selbst am besten, dass gute Arbeitsbedingungen die Grundlage für gute Arbeit sind. Und nur so wird es auch in Zukunft motivierte Kolleginnen und Kollegen geben, die gute Bildung vermitteln.

Die GEW stellt deshalb in jeder Tarifrunde Eltern- und Schülerbriefe zur Verfügung. Auch hier sollten aktive Mitglieder das persönliche Gespräch suchen: mit den Eltern und – im Rahmen des pädagogischen Auftrags – mit den Schülerinnen und Schülern. Schließlich gehören Arbeitskämpfe zur Tarifautonomie – und die gehört zu gelebter Demokratie.

Wenn das Ergebnis feststeht, ist die Tarifrunde für aktive Mitglieder noch nicht vorbei. Sie werden jetzt von den Kolleginnen und Kollegen gefragt: Warum habt ihr zu dieser oder jener Forderung nicht mehr erreicht? Was bedeutet das für mich? Dann ist es natürlich gut, die GEW-Tarifinfos zu kennen und zu verteilen, in denen der Abschluss erklärt wird. Viele Fragen beantwortet die GEW auch auf ihrer Website* in den „Fragen und Antworten zum Tarifabschluss“. Vor allem aber kommt es darauf an, im persönlichen Gespräch auf die konkreten Fragen der Kolleginnen und Kollegen einzugehen und zu erläutern, was für sie persönlich erreicht wurde.

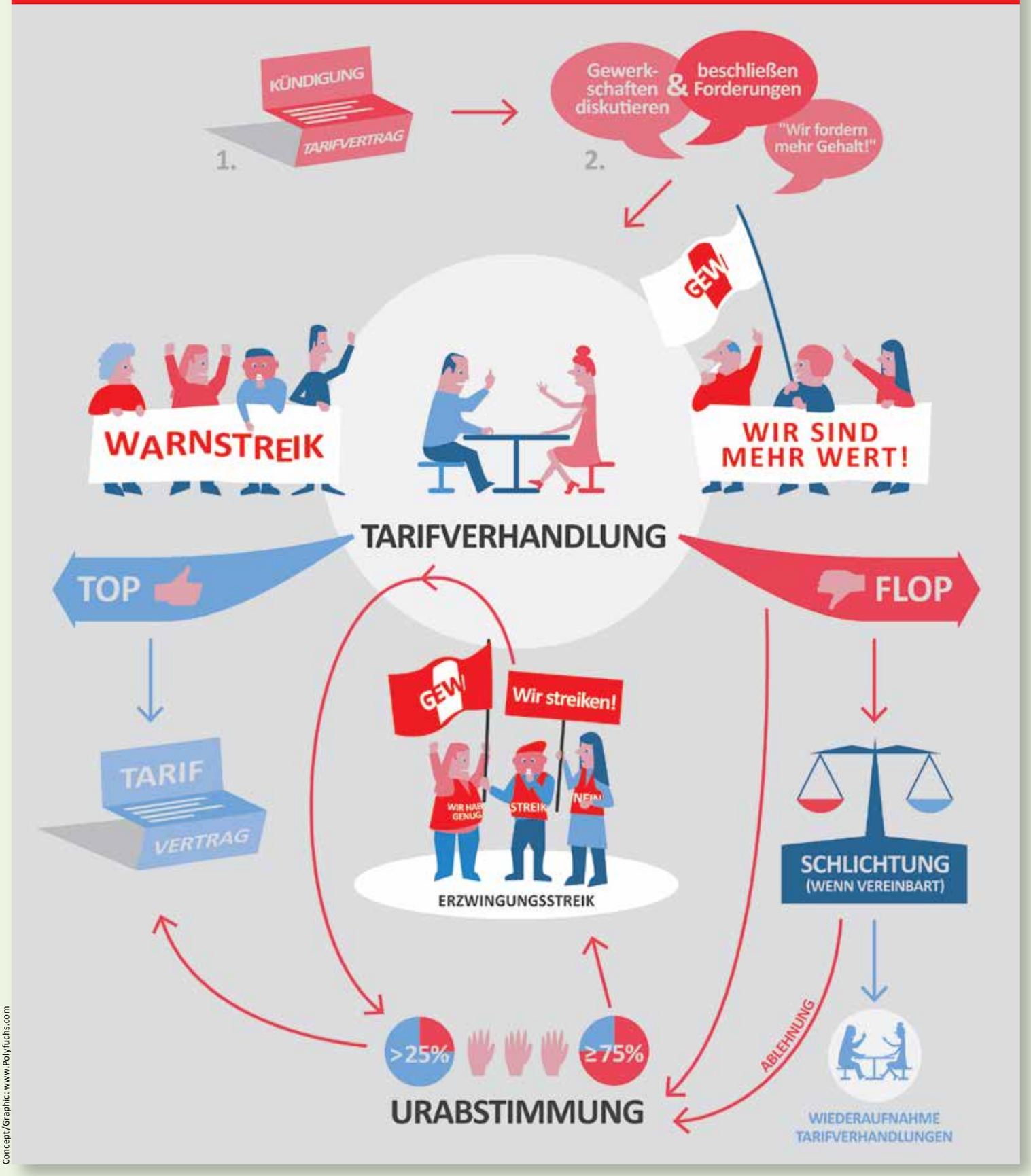
Schnelle, aktuelle Informationen und engagierte Diskussionen gibt es auch – und in zunehmendem Maße – in den sozialen Medien.** Auf Facebook und Twitter werden die „Fragen und Antworten“ bereits frühzeitig verlinkt, der Tarifabschluss wird im Dialog erklärt. Hier können Nachrichten geteilt und kommentiert, eigene Bilder und Videos hochgeladen und von anderen gesehen, wieder geteilt und debattiert werden. Dadurch wirken gute Streikaktionen und kreative Protestformen weit über den Moment hinaus und vielleicht auch als Anregung für die nächste Tarifrunde.

So wird die Tarifrunde für aktive Mitglieder alles andere als langweilig.

Gesa Bruno-Latocha und Oliver Brüchert,
Referenten im GEW-Vorstandsbereich
Tarif- und Beamtenpolitik

***Alle Informationen rund um die Tarifrunde Länder 2019 finden Sie unter: www.gew.de/troed2019**
****Die GEW in den sozialen Medien: www.facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft twitter.com/gew_bund www.youtube.com/GEWHauptvorstand**

So funktionieren Tarifverhandlungen



Concept/Graphic: www.Polyfuchs.com

Manager, Sozialarbeiter, Mang

// Birgit und Jan Drebes unterrichten beide an Berliner Grundschulen. In den vergangenen Jahren haben sie regelmäßig an Streiks und Kundgebungen der GEW teilgenommen und so für ihre Interessen gekämpft. Sie haben Flugblätter verteilt und mit Kolleginnen und Kollegen diskutiert. Warum ist das für sie wichtig? Und wie sieht ihr Arbeitsalltag aus? //

Seit 37 Jahren sind Birgit und Jan Drebes im Berliner Schuldienst. Seit 37 Jahren sind sie verheiratet. Und seit 37 Jahren sind sie Gewerkschaftsmitglieder; zunächst in der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, seit 1990 in der GEW. Wir treffen Birgit und Jan in Prenzlauer Berg. „Die Tätigkeit des Lehrers und der Lehrerin hat sich im vergangenen Jahrzehnt extrem geändert“, erzählt Jan. „Die Vorstellung, morgens gehe ich in die Schule, mache meinen Unterricht, und nachmittags, wenn die Kinder etwas gelernt haben, bin ich fertig und bereite den nächsten Tag vor, stimmt so überhaupt nicht mehr.“ Seit den 1990er-Jahren unterrichtet Jan an einer kooperativen Halbtagsgrundschule in Pankow – früher eine Schule für sprachbehinderte Kinder, vor einigen Jahren kam eine Grundschule dazu. Die Kinder lernen gemeinsam in Gruppen.

Birgit arbeitet an einer verlässlichen Halbtagsgrundschule in Friedrichshain. Die Kinder werden von 8.15 bis 14 Uhr unterrichtet und danach im Schulhort betreut. „Wir sind eine inklusive Schwerpunktschule mit dem Förderschwerpunkt Autismus“, erzählt die 56-Jährige. Der Arbeitstag beginnt um 7.45 Uhr. Birgit Drebes bereitet den Raum vor, die Kinder trudeln nach und nach ein. „Wir haben einen offenen Beginn.“ Meist unterrichtet sie von 8.15 bis 14 Uhr, dann beginnt die Betreuung im Hort. Wenn die Kinder Mittagspause haben, findet wöchentlich die einstündige Teamzeit statt. Da besprechen Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher die aktuellen Entwicklungen in der Klasse. Die Zusammenarbeit ist eng. „Sowohl die Erzieherinnen als auch die Betreuerin bringen sich stark in die Unterrichtsbegleitung ein und übernehmen Verantwortung – besonders für Kinder mit besonderen Bedürfnissen“, sagt Birgit. „Ohne ihre Unterstützung kann ich mir erfolgreiche Unterrichtsarbeit gar nicht mehr vorstellen.“ Nach 14 Uhr folgen Sitzungen, Nachbereitung und Vorbereitung. „Wir haben nur einen Teamraum für rund 70 Kolleginnen und Kollegen“, sagt die Lehrerin. „Wenn es da ruhig genug ist und ich einen freien Computer finde, schreibe ich nachmittags Anträge, Elternbriefe oder ähnliches, aber oft nehme ich mir die Arbeit mit nach Hause.“ Bei Jan, der sich mit dem Satz „… und eigentlich bin ich immer noch ganz gerne Lehrer“ vorstellt, sieht der Arbeitstag ähnlich aus. „Aber ich habe meist nicht durchgehend Unterricht. Ich kann früher mit der Papierarbeit anfangen und muss weniger zu Hause machen.“ Die Vorbe-

Foto: Kay Herschelmann

Jan Drebes, seit 37 Jahren Lehrer, seit 37 Jahren verheiratet, seit 37 Jahren in der GEW aktiv

elverwalter – nebenbei Lehrer

reitung mache neben dem Unterricht noch rund 10 Prozent seiner Arbeitszeit aus, sagt der 57-Jährige.

Bürokratie verschlingt Zeit

Viel Zeit verschlinge die Bürokratie: „Wir könnten ein eigenes Team von Sekretariatskräften zur Unterstützung gut gebrauchen.“ Jan holt aus. Das Thema treibt ihn spürbar um: „Ich gebe mal ein Beispiel. Wenn du heutzutage siehst, dass ein Schüler Probleme hat und Förderung braucht, musst du mit vielen Stellen sprechen und jede Menge Papiere ausfüllen, bis das Kind vielleicht einen Schulhelfer bekommt. Meist wird der Antrag abgelehnt. Das ist die Realität. Damit verbringen wir unsere Nachmittage. Und ich denke mir: ‚Man sieht doch, dass das Kind Hilfe braucht.‘“ Birgit ergänzt: „Ich wünschte mir, dass man den Lehrerinnen und Lehrern vertraut. Wenn wir sagen, dass ein Kind mit dem Schulbus fahren muss, weil sonst die Beschulung gefährdet ist, dann ist das so. Wir kennen unsere Schülerinnen und Schüler. Dafür sollte man nicht fünf Papiere ausfüllen müssen.“

„Diese Praxis bedeutet auch die fortschreitende Privatisierung eines staatlichen Auftrags“, kritisiert Jan. „Wir sind damit beschäftigt, Mittel für externe Träger zu beantragen. Es ist die Rolle der Lehrerinnen und Lehrer, den Mangel zu verwalten.“

Die Berliner Schulen machen seit Jahren Schlagzeilen: marode Gebäude, schlechte Ausstattung, Lehrkräftemangel. Zumindest von Letzterem spürt Birgit an ihrer Schule nicht viel: „Wir waren schon immer große Teams im Unterricht, das ist nicht nennenswert schlechter geworden.“ Außerdem gebe es immer wieder Menschen, die an ihrer Schule arbeiten wollen. Aber: Mit zunehmenden Aufgaben und steigenden Schülerzahlen sind auch die unterrichtenden Teams größer geworden. „Dadurch ist unsere Schule mittlerweile viel zu klein und zu schlecht ausgestattet. Wir haben kein Internet in den Klassenräumen. Das ist doch unterirdisch!“

An der Schule von Jan, die in einem Neubau untergebracht ist, sieht es bei der Ausstattung deutlich besser aus. Dafür fehlt Personal. „Ich hatte in diesem Jahr erstmals ein Kind mit Förderschwerpunkt geistige Entwicklung in der Gruppe“, erzählt der Pädagoge. Dem Kind stehen zusätzliche Förderstunden zu, „und dafür brauchst du eine zweite Lehrerin“. Zwar habe sich das Verhältnis Schüler zu Lehrer zahlenmäßig nicht gravierend geändert. „Vor einigen Jahren wurden aber die zusätzlichen Lehrerstunden etwa für sprachbehinderte Kinder gekürzt. Das macht sich bemerkbar.“ Auch für die Arbeit im Hort mangele es an Fachkräften: „Bei uns fehlen Erzieherinnen und Erzieher für den Hort am Nachmittag und mit Fachausbildung für Kinder mit Förderbedarf, Schulhelfer, kurzum: Wir suchen händeringend Leute.“

Die Stimmung in der Belegschaft sei solidarisch, sagt Jan, aber hie und da knirsche es auch. Weil beispielsweise bei Personalversammlungen früher oft fast nur die Themen der Lehrkräfte auf der Tagesordnung standen, organisieren die Erzieherinnen und Erzieher in der Pankower Schule eigene Personalversammlungen: „Einerseits begrüße ich das, weil es ihnen hilft, andererseits ist das blöd, weil es die Trennung der Belegschaft zementiert.“ Birgit lacht: „Das gibt es bei uns nicht. Wenn die Lehrkräfte zu viel über sich gesprochen haben, haben unsere Erzieherinnen mit deutlichen Worten und lautstark ihren Platz auf den Personalversammlungen gefordert und bekommen.“

Der kommenden Tarifrunde sehen die beiden mit Spannung entgegen – und das aus mehreren Gründen. Die Kundgebungen böten auch die Möglichkeit, mit den Erzieherinnen besser in Kontakt zu kommen. „Im Alltag klappt das oft nicht wie gewünscht, weil unsere Arbeitszeiten nicht ineinandergreifen“, berichtet Jan. Das ist an Birgits Schule ähnlich. Die eine Stunde Teamzeit pro Woche reiche bei weitem nicht aus.

In den vergangenen Jahren haben sich Birgit und Jan an Warnstreiks beteiligt,

Foto: Kay Herschelmann

Birgit Drebes ist ebenso wie ihr Mann Jan aktives GEW-Mitglied.

Flugblätter verteilt, mit Kolleginnen und Kollegen diskutiert. „Wir haben uns damals bewusst nicht verbeamten lassen, weil wir uns das Streikrecht nicht nehmen lassen wollten“, sagt Jan. Das Gefühl, gemeinsam mit anderen auf die Straße zu gehen und sich gemeinsam gegen Ungerechtigkeiten zu wehren, sei ein sehr gutes. „In der Tarifrunde wollen wir eine deutliche Tabellenerhöhung“, sagen beide. Die GEW in Berlin hat bei der Bezahlung kürzlich einen großen Erfolg erzielt: Verbeamtete Grundschullehrkräfte bekommen A13 statt bisher A12, angestellte Kolleginnen und Kollegen werden von E11 nach E13 höhergruppiert. „Dadurch werden wir genauso viel wie unsere Kolleginnen und Kollegen an Gymnasien verdienen. Das ist ein Beispiel dafür, wie es gerechter geht: gleiches Geld für gleichwertige Arbeit“, sagt Jan. Es gehe aber nicht nur ums Geld, sondern auch um gesellschaftspolitische Statements gegen rechts oder um die Bildungspolitik an sich. Eines ist für Birgit und Jan Drebes selbstverständlich: „Wenn meine Gewerkschaft zum Streik aufruft“, sagt Birgit, „dann bin ich solidarisch und gehe mit raus.“

Jörg Meyer,
freier Journalist

Alles, nur kein Ritual

Fotos: Kay Herschelmann

Christiane Weißhoff, Erzieherin und stellvertretende Kita-Leiterin in Berlin

// Die Tarifrunde 2019 für den öffentlichen Dienst der Länder steht vor der Tür. Wie erleben Kolleginnen und Kollegen, die in der GEW-Bundestarifkommission mitarbeiten, eine Tarifrunde? Ein Gespräch mit drei Mitgliedern. //

Es ist grau, nasskalt und ungemütlich in Berlin. Der Herbst ist da, und am liebsten möchte man nicht rausgehen. Doch dafür haben Wolfram Dütthorn, Auyen Müller und Christiane Weißhoff ohnehin keine Zeit. Die drei Gewerkschafter sind Mitglieder der Bundestarifkommission Länder (BTK-L) der GEW. Die Tarifrunde 2019 steht bevor. In vielen Betrieben, Einrichtungen und Schulen ist die gewerkschaftliche Diskussion gelaufen, die GEW-Landesverbände haben ihre Forderungen an den GEW-Hauptvorstand gemeldet. Anfang Dezember hat die BTK-L der Gewerkschaft die bundesweiten Forderungen beschlossen.

„Vor Ort diskutieren wir und tragen die aktuell drängenden Probleme zusammen. Daraus entstehen unsere Tarifforderungen“, erzählt Weißhoff. Sie ist Erzieherin und stellvertretende Kita-Leiterin im Berliner Eigenbetrieb Kindergärten City. Seit Gründung der Eigenbetriebe im Jahr 2006 ist sie Vorsitzende des Personalrats und dafür von der Arbeit in der Kita freigestellt.

Es gebe auch Themen, die Wiedergänger aus vergangenen Tarifrunden sind, erzählt Weißhoff. Ein solches sei die unterschiedliche Bezahlung der Erzieherinnen in Bund und Kommunen gegenüber dem Landesdienst. „Das Problem ist, dass die Erzieherinnen und Erzieher, die unter den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) fallen, in den Kommunen der anderen Bundesländer mehr verdienen als etwa die Berliner, für die der Tarifvertrag der Länder (TV-L) gilt. Zum letzten Tarifabschluss gehörte deshalb die Verabredung mit den Arbeitgebern, eine gemeinsame Arbeitsgruppe einzurichten, die die Entgeltordnung überarbeitet.“ Zwar hätten die Gewerkschaften 2017 eine Zulage für die Erzieherinnen erstreiten können, „aber wir wollen die komplette Angleichung“. Das sei eine Frage der Gerechtigkeit. Es gehe jedoch auch darum, dass es immer schwieriger wird, Fachpersonal für die Kitas zu finden, erzählt Weißhoff, die sich seit 1990 in der GEW engagiert. Bei Kindergärten City seien derzeit rund 100 Stellen nicht besetzt. Sie hoffe deshalb, dass es in der Tarifrunde deutliche Verbesserungen für den Sozial- und Erziehungsdienst gibt.

Das hofft auch Weißhoffs BTK-L-Kollegin Müller. Sie ist ebenfalls Erzieherin in Berlin und arbeitet beim Eigenbetrieb Kindergärten Nordost.

Dütthorn ist Lehrer für Mathe und Physik. Er unterrichtet am Gymnasium St. Augustin in Grimma in der Nähe von Leipzig und ist teilweise für seine Arbeit als Personalratsmitglied freigestellt. Was er von seiner Gewerkschaft für die Tarifrunde erwartet? „Ich hoffe, dass wir unsere berechtigten Forderungen gegen die Arbeitgeber durchsetzen!“

Die erste Verhandlungsrunde mit den Arbeitgebern ist für den 21. Januar in Berlin angesetzt. Hier treffen sich die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit den Vertretern der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL). Doch da wird wahrscheinlich noch nicht so viel passieren. „Die Gewerkschaften legen ihre Forderungen auf den Tisch, und man beschnuppert sich ein bisschen“, sagt Dütthorn. „Spannend wird es für mich danach. Da sehen wir, wie die Arbeitgeber reagieren, ob sie überhaupt ein Angebot vorlegen und ob wir streiken müssen“, ergänzt Müller. Die Verhandlungen finden seit Jahren in Potsdam statt. Meist werden die Verhandlungsführer der Arbeitgeber zu Beginn der zweiten Runde dort von Hunderten Kolleginnen und Kollegen lautstark in Empfang genommen. Die Erwartungshaltung und auch die Wut seien bei den Beschäftigten in den Betrieben auf jeden Fall groß, sind sich die drei einig.

Wolfram Dütthorn, Lehrer für Mathe und Physik in Leipzig

Ein Thema, das die Beschäftigten im öffentlichen Dienst umtreibt, ist die sogenannte stufengleiche Höhergruppierung. Das heißt konkret: Wenn ein Beschäftigter oder eine Beschäftigte in eine höhere Entgeltgruppe aufsteigt, soll er oder sie künftig auch die Erfahrungsstufe aus der alten Entgeltgruppe behalten. Denn nach dem aktuell geltenden Tarifvertrag wird man bei einer Höhergruppierung in eine neue Entgeltgruppe (E) der Erfahrungsstufe zugeordnet, in der man mindestens sein bisheriges Gehalt erhält. Das führt dazu, dass jemand, der beispielsweise aus der E9 Stufe 5 in die E10 höhergruppiert wird, dort in Stufe 4 landet – und damit nur einen Garantiebetrag von 64,13 Euro erhält. Der Garantiebetrag stellt zunächst sicher, dass es einen Mindestgehaltszuwachs gibt. Da jedoch die Stufenlaufzeit neu beginnt, kann es mittelfristig zu Einkommenseinbußen kommen. Insbesondere, wenn man in der bisherigen Entgeltgruppe kurz vor einem Stufenaufstieg stand.

Die Forderung nach der stufengleichen Höhergruppierung wird in der GEW schon lange diskutiert und soll in dieser Tarifrunde jetzt endlich umgesetzt werden. „Aufregend ist für mich zu sehen, wie die Mobilisierung läuft“, sagt Dütthorn: „Wie viele Kolleginnen und Kollegen werden sich beteiligen, wenn wir nach der zweiten Verhandlungsrunde streiken müssen, wie reagieren die Arbeitgeber darauf?“ Das sei bei jeder Tarifrunde wieder neu und anders.

Was ihr Spaß macht, sei „frühzeitig dabei zu sein, die Diskussion mit den Kolleginnen und Kollegen“, erzählt Müller. Überraschen kann sie mit ihrer langjährigen Erfahrung wenig, „höchstens, wenn die Arbeitgeber ein richtig tolles Angebot auf den Tisch legen“, sagt sie und lacht.

Wenn die Verhandlungskommissionen in Potsdam ein Ergebnis erreicht haben, wird die BTK-L zusammengerufen, die sich in Bereitschaft hält und im Wesentlichen: wartet. Ihre Mitglieder müssen über Annahme oder Ablehnung des Verhandlungsergebnisses abstimmen.

„Die Arbeitgeber haben uns noch nie etwas freiwillig gegeben“, sagt Weißhoff. Sie geht davon aus, dass gestreikt werden muss. „Die Tarifrunde als ritualisiert zu bezeichnen, wie es kürzlich ein Arbeitgebervertreter getan hat, finde ich eine Frechheit.“ Die Wut über so eine Aussage merkt man ihr an. „Unsere Kolleginnen und Kollegen verlieren Geld, wenn gestreikt wird, dazu kommt ein hoher Organisationsaufwand. Letztlich müssen wir auch mit den Eltern gut zusammenarbeiten. Das ist alles andere als ein Ritual.“

Jörg Meyer,
freier Journalist

Auyen Müller, Erzieherin in Berlin

Geradezu ein Muss

// Steuereinnahmen sprudeln, die Konjunktur brummt, Internationaler Währungsfonds (IWF) und EU-Kommission empfehlen Deutschland höhere Lohnsteigerungen und mehr öffentliche Investitionen. Alles in allem: Kräftige Lohnzuwächse für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder sind geradezu ein Muss. //

Die Konjunkturaussichten in Deutschland sind nach wie vor positiv. In seiner Konjunkturprognose vom Oktober geht das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) für das Jahr 2019 von einem Wirtschaftswachstum in Höhe von 2 Prozent aus. Bei der Arbeitslosenquote wird ein leichter Rückgang von 5,2 auf 4,9 Prozent erwartet.* Für die Inflationsrate prognostiziert das IMK für 2019 einen Wert von 1,9 Prozent und einen deutlichen Überschuss in den öffentlichen Haushalten.

Die Bundesregierung sieht die Lage ähnlich und unterstellt für die kommenden Jahre einen stabilen Konjunkturverlauf. Im Durchschnitt werden die Steuereinnahmen, so die Ergebnisse der November-Steuerschätzung, bis 2023 im Jahresdurchschnitt um gut 4 Prozent steigen. Das gilt für die gesamten Steuereinnahmen, aber auch für den Teil, der auf die Bundesländer entfällt.**

Für die gute wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahre ist insbesondere die starke Konsumnachfrage der privaten Haushalte verantwortlich – durch einen Anstieg der Beschäftigung und eine positive Lohnentwicklung. Um die Konjunktur weiterhin zu stabilisieren, sollte auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene zumindest der sogenannte verteilungsneutrale Spielraum ausgeschöpft werden. So bezeichnet man die Lohnsteigerung, bei deren Höhe die Verteilung zwischen Arbeit und Kapital genau gleich bleibt. Der verteilungsneutrale Spielraum in Höhe von rund 3 Prozent beruht auf der Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank von etwa 2 Prozent und dem durchschnittlichen jährlichen Anstieg der Produktivität von knapp 1 Prozent.

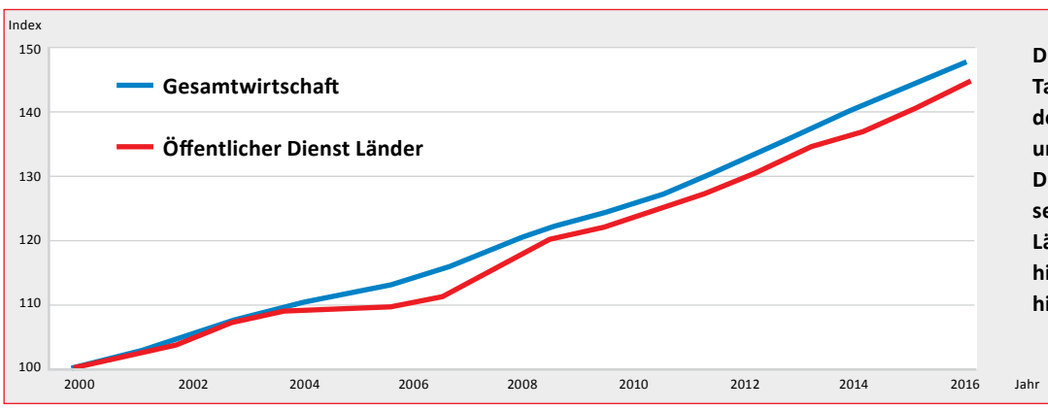
Mit Blick auf die anstehenden Tarifverhandlungen ist auch zu beachten, dass die Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst der Länder seit der Jahrtausendwende hinter der Gesamtwirtschaft zurückgeblieben ist. Schon jetzt ist es für die Bundesländer in vielen Bereichen schwierig, Fachkräfte zu gewinnen – dies gilt unter anderem insbesondere für die Schulen. In der Entwicklung seit dem Jahr 2000 ergibt sich für den öffentlichen Dienst im Vergleich zur Gesamtwirtschaft ein Minus von 3,5 Prozent. Allein schon deshalb ist eine Tarifforderung über dem verteilungsneutralen Spielraum notwendig.

Darüber hinaus legt der hohe deutsche Leistungsbilanzüberschuss von zuletzt 8 bis 9 Prozent der Wirtschaftsleistung eine Stärkung der Binnennachfrage in Deutschland nahe. Zum einen exportiert ein Land mit einem Überschuss im Außenhandel faktisch Arbeitslosigkeit in andere Länder. Zum anderen lebt das Überschuss-Land massiv unter den eigenen Verhältnissen, wenn Jahr für Jahr mehr produziert als selbst verbraucht wird. Auch internationale Organisationen wie der IWF oder die Europäische Kommission sehen den hohen deutschen Außenhandelsüberschuss äußerst kritisch – und empfehlen, die Binnennachfrage durch höhere Lohnsteigerungen zu stärken und die öffentlichen Investitionen auszuweiten***.

Die öffentliche Hand sollte in der anstehenden Tarifrunde ihrer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung gerecht werden und mit angemessen hohen Gehaltssteigerungen den Forderungen internationaler Organisationen nachkommen. Die gute staatliche Einnahmesituation und die prognostizierte Entwicklung der Steuereinnahmen ermöglichen den Bundesländern eine entsprechende Tarifpolitik.

Kai Eicker-Wolf,
Referent für finanzpolitische Fragen, GEW Hessen

***Peter Hohlfeld/Christoph Paetz/Katja Rietzler u. a.: Konjunkturaufschwung: Dauerläufer unter Stress, IMK Report 143, Oktober 2018**
****bit.ly/bmf-steuerschaetzungen**
*****Fabian Lindner/Sabine Stephan/Rudolf Zwiener: Dringend gebraucht – aktive Wirtschaftspolitik, um Außenhandelsüberschüsse abzubauen, in: Wirtschaftsdienst 9/2018**



Die Entwicklung der Tarifvergütungen in der Gesamtwirtschaft und im öffentlichen Dienst der Länder seit dem Jahr 2000 – Länderangestellte hinken 3,5 Prozent hinterher.

Quelle: WSI-Tarifarchiv, eigene Darstellung

ENGAGEMENT GLOBAL
Service für Entwicklungsinitiativen

Alle Informationen zum ENSA-Programm und unseren Veranstaltungen im Jahr 2019 gibt es hier:
https://ensa.engagement-global.de

ENSA-SCHULPARTNERSCHAFTEN

Wir machen Globales Lernen erlebbar

Das **Entwicklungspolitische Schulaustauschprogramm (ENSA)** fördert Partnerschaften zwischen Schulen aus Deutschland und Schulen aus Ländern in Afrika, Asien, Lateinamerika und Südosteuropa.

Was fördern wir und wer kann sich an uns wenden?

- Wir fördern Anbahnungsreisen für Schulen, die eine neue Partnerschaft starten und gemeinsam entwickeln wollen.
- Wir fördern Begegnungsreisen für Schulen, die eine bestehende Partnerschaft intensivieren und gemeinsam Projekte umsetzen wollen.

ENSA – Entwicklungspolitisches Schulaustauschprogramm ist Teil von ENGAGEMENT GLOBAL und arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.
ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH | Service für Entwicklungsinitiativen | Tulpenfeld 7 | 53113 Bonn
ENSA – Entwicklungspolitisches Schulaustauschprogramm: **https://ensa.engagement-global.de**
E-Mail: **ensa-programm@engagement-global.de**

Im Auftrag des
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Seit 2009 kämpft die GEW unter dem Stichwort „Lehrkräfte-Entgeltordnung“ für eine tarifliche Eingruppierung angestellter Lehrkräfte. Ein Zwischenschritt ist aktuell der Eingruppierungstarifvertrag für Lehrkräfte (TV EntgO-L), den die GEW 2017 unterzeichnet hat. Jetzt soll die Paralleltabelle kommen.

Foto: Kay Herschelmann

Bessere Bezahlung für Lehrkräfte – es tut sich was …

// Einiges hat die GEW auf dem Weg zu einer besseren Bezahlung der Lehrkräfte schon erreicht – Stichwort „JA13 für alle“. In den jetzt beginnenden Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder geht es um Lohnerhöhungen, aber auch darum, weitere Ungerechtigkeiten zu beseitigen. //

Petra S. freut sich. Die beamtete Grundschullehrerin aus Potsdam ist am 1. Januar 2019 in die Besoldungsgruppe A13 aufgestiegen. Und auch Bruno Z., angestellter Grundschullehrer in Brandenburg, freut sich: Er erhält auf einen Schlag brutto 552,83 Euro mehr Gehalt. Z. war bisher in die Entgeltgruppe (E) 11 eingruppiert. Weil das Land Brandenburg die Besoldung der Lehrkräfte an den Grundschulen angehoben hat, steigt er nun in E13 auf. Diesen Erfolg hat er auch dem Einsatz der GEW für die gleiche Bezahlung gleichwertiger Arbeit zu verdanken. Doch dazu später mehr.

Tarifbeschäftigte Lehrkräfte werden nach dem Eingruppierungstarifvertrag für Lehrkräfte (TV EntgO-L) bezahlt. Dieser Tarifvertrag hat keinen guten Ruf. Seit 2009 kämpft die GEW unter dem Stichwort „Lehrkräfte-Entgeltordnung“ für eine tarifliche Eingruppierung angestellter Lehrkräfte. Zähe Verhandlungen, Angebote der Arbeitgeber, die keine waren: Alle zwei Jahre grüßte das Murmeltier. 2015 schloss dann die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) mit der dbb Beamtenbund Tarifunion den TV EntgO-L ab – ohne Beteiligung der GEW. Es ist ein Tarifwerk, das vielen Lehrkräften 30 Euro mehr Gehalt brachte, aber die Eingruppierung von der beamtenrechtlichen Besoldung abhängig macht – eine ungewöhnliche Konstruktion, für die Arbeitgeber aber nicht verhandelbar. Viele kritische Stimmen in der GEW warnten davor, dass sich dadurch eine verschlechterte Besoldung unmittelbar auf das tarifliche Entgelt auswirken würde. 2017 unterzeichnete dann auch die GEW den TV EntgO-L. Zusätzlich setzten die Gewerkschaften die Stufe 6 für die Entgeltgruppen 9 bis 15 durch, bisher war in Stufe 5 Schluss. Außerdem sicherten die Arbeitgeber zu, den Tarifvertrag während seiner Laufzeit weiterzuentwickeln. Daran wird die GEW bei allen künftigen Verhandlungen beharrlich arbeiten.

Erfolgreiche JA13-Kampagne

Grundschullehrkräfte werden – ebenso wie eine Reihe von Sekundarstufe-I-Lehrkräften – als Beamtinnen und Beamte in den meisten Bundesländern noch immer nach A12 besoldet. Damit verdienen sie weniger als ihre voll ausgebildeten Kolleginnen und Kollegen an anderen Schulformen, die überwiegend A13 erhalten (s. E&W 11/2018, S. 30 f.). Und dies, obwohl die Grundschulpädagoginnen gleichwertige Arbeit leisten, ihre Ausbildung inzwischen genauso lange dauert und die in der Grundschule vermittelte Bildung das Fundament für die weitere Schullaufbahn der Kinder ist. All dies wird auch den Entscheidungsträgern in den Ländern langsam klar – zumal qualifizierte Lehrkräfte inzwischen Mangelware sind. 2016 startete die GEW die Kampagne „JA13 – weil Grundschullehrerinnen es verdienen“. In vier Bundesländern hat sich der Einsatz der Bildungsgewerkschaft bereits gelohnt: Petra S. und ihre Kolleginnen und Kollegen in Berlin, Brandenburg, Thüringen und Schleswig-Holstein werden künftig nach A13 statt nach A12 besoldet. Auch in anderen Bundesländern liegt das Thema auf dem Tisch (E&W berichtet kontinuierlich).*

Wichtiges Ziel: Paralleltabelle

Sind Grundschullehrkräfte angestellt, werden sie in der Regel nicht nach E12, sondern nach E11 bezahlt. Die tarifliche Eingruppierung ist abhängig von der beamtenrechtlichen Besoldung. Eine Tabelle ordnet jeder Besoldungsgruppe eine Entgeltgruppe zu. Ab A13 erfolgt diese Zuordnung numerisch parallel: Der Besoldungsgruppe A13 entspricht die Entgeltgruppe 13. Unterhalb der A13 ist diese Tabelle allerdings schief: So wird

beispielsweise der Besoldungsgruppe A12 die Entgeltgruppe 11 zugeordnet. Deshalb erhielt der Brandenburger Bruno Z. bisher E11 und kam durch die Anhebung der Beamtenbesoldung für voll ausgebildete Grundschullehrkräfte auf A13 zum 1. Januar direkt in die E13.

Die „schiefe Ebene“ unterhalb von A13/E13 zu beseitigen, ist eines der zentralen Ziele der GEW. Eine wichtige Forderung in den Tarifverhandlungen lautet daher: zügige Einführung der Paralleltabelle. Das heißt, dass jeder Besoldungsgruppe die numerisch identische Entgeltgruppe zugeordnet wird: A13 = E13, A12 = E12, A11= E11 usw.

Die Paralleltabelle bedeutet nicht nur für voll ausgebildete Grundschullehrerinnen und -lehrer eine bessere Bezahlung ihrer gesellschaftlich notwendigen und anspruchsvollen Arbeit. Auch viele Sekundarstufe-I-Lehrkräfte sowie Quer- und Seiteneinsteiger, die derzeit wegen des akuten Lehrkräftemangels vor allem an Grund- und beruflichen Schulen in fast allen Bundesländern eingestellt werden, würden davon profitieren.

Für alle angestellten Lehrkräfte, die noch nicht parallel zu den Besoldungsgruppen der Beamten eingruppiert sind, gibt es aktuell eine sogenannte Angleichungszulage von 30 Euro. Jetzt muss schnell ein fixer Zeitplan vereinbart werden, der festlegt, wann die Paralleltabelle erreicht wird.

Mit der Forderung nach 6 Prozent Lohnerhöhung, mindestens aber 200 Euro und der besseren Eingruppierung angestellter Lehrkräfte (siehe Kasten S. 7) geht die GEW in die Tarifverhandlungen mit der TdL. Diese beginnen am 21. Januar in Potsdam.

Dagmar Roselieb,
Referentin für Tarif- und Beamtenpolitik
beim GEW-Hauptvorstand

***www.gew.de/ja13**

Weitere Forderungen zur Eingruppierung von Lehrkräften lauten unter anderem:

- Klarstellung der Eingruppierung von Lehrkräften aus der ehemaligen DDR, für die kein Besoldungsamt im Tarifgebiet West vorgesehen ist
- Eingruppierung von Lehrkräften für Deutsch als Zweitsprache (DaZ)/Deutsch als Fremdsprache (DaF) bzw. von Sprachlehrkräften
- Vollständige Berücksichtigung von absolviertem Vorbereitungsdienst/Referendariat bei der Stufenlaufzeit
- Eingruppierungsmerkmale für pädagogische und heilpädagogische Unterrichtshilfen und sonderpädagogische Fachkräfte sowie entsprechend eingesetzte Beschäftigte
- Bessere Berücksichtigung von Stufenlaufzeiten bei Vertretungslehrkräften, die regelmäßig befristete Arbeitsverträge erhalten

FORUM
BILDUNG
HALLE 7

FORUM
UNTERRICHTS PRAXIS
HALLE 8

FORUM
BERUFLICHE BILDUNG
HALLE 6

DIDACTA
DIE BILDUNGSMESSE
IN KÖLN

Aktuelle **Themen**, prominente **Referenten**, spannende **Debatten**

Alle Infos:
www.bildungsmedien.de/didacta

Der Verband Bildungsmedien ist ideeller Träger der didacta – die Bildungsmesse (19. bis 23. Februar 2019, Koelnmesse). Der Besuch der Veranstaltungen ist im Rahmen des Messebesuchs kostenfrei und ohne Anmeldung möglich.

VERBAND
BILDUNGS MEDIEN

Wie Beamtinnen und Beamte bei Streiks helfen können

// Die GEW fordert, das Ergebnis der zurzeit laufenden Tarifrunde auf die Besoldung zu übertragen. Beamtinnen und Beamten wird zwar das Streikrecht verwehrt, doch es gibt für sie andere Wege, die angestellten Kolleginnen und Kollegen bei Streiks zu unterstützen. //

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat entschieden, dass die Besoldung von Beamtinnen und Beamten sich an den Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst orientieren soll, doch letztlich liegt es im Ermessen der Länder, wie sie dies konkret umsetzen. Um für ihre Interessen zu kämpfen, dürfen laut BVerfG Beamtinnen und Beamte – im Gegensatz zu ihren angestellten Kolleginnen und Kollegen – nicht streiken*. Doch auch ohne aktive Streikteilnahme können sie helfen:

Zur Streikkundgebung gehen

Jeder Warnstreik mündet in eine öffentliche Kundgebung. An dieser können alle teilnehmen – auch beamtete Lehrkräfte, ebenso wie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger. Je mehr Menschen an Streikkundgebungen teilnehmen, desto größer ist das öffentliche Echo und desto mehr Druck kann die GEW bei den Tarifverhandlungen machen. Also: Kommt zur Streikkundgebung und bringt viele Kolleginnen und Kollegen mit!

Vertretung verweigern

Wenn die GEW ihre angestellten Mitglieder zum Streik aufruft, fällt deren Unterricht aus. Damit der Streik nicht an Bedeutung verliert, können Beamtinnen und Beamte die Vertretung der Streikenden verweigern. Sprecht offen im Kollegium und gegenüber der Schulleitung an, dass streikende Kolleginnen und Kollegen nicht vertreten werden müssen. Es ist sogar höchstrichterlich verboten, Beamtinnen und Beamte als Streikbrecher einzusetzen!

Beamteneinsatz für Streikbruch ist rechtswidrig

Der Einsatz von Beamtinnen und Beamten zur Vertretung streikender Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer ist verfassungswidrig, weil dadurch die Tarifautonomie ausgehöhlt wird. Das hat das BVerfG bereits 1993 entschieden. Ordnet die Schulleitung an, dass eine beamtete Lehrkraft Vertretungsunterricht für Streikende geben soll, ist dies nicht zulässig. Beamtinnen und Beamte, denen eine entsprechende Vertretungstätigkeit zugewiesen wurde, können ihre Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit der Anordnung geltend machen. Das nennt man Remonstration. Gleiches gilt übrigens auch für Schulleiterinnen und Schulleiter, wenn sie eine entsprechende Anordnung der vorgesetzten Dienststelle bekommen.

Streikende Kolleginnen und Kollegen verteidigen

Angestellte Lehrkräfte streiken, Unterricht fällt aus, die Schulkonferenz kann nicht tagen, Eltern bekommen keinen Gesprächstermin: Ein Streik kann im Schulalltag viele Konsequenzen haben. Da kommt es schnell zu Ärger und Vorwürfen. Lasst angestellte Kolleginnen und Kollegen nicht im Regen stehen, sondern unterstützt sie, wenn Eltern, Öffentlichkeit oder Schulleitung ihnen Vorwürfe machen.

Foto: Kay Herschelmann

Fragt Euren GEW-Landesverband

Die GEW-Landesverbände** rufen ihre Mitglieder direkt zum Streik auf. Wenn Ihr helfen wollt, fragt einfach Euren Landesverband. Neben den genannten Vorschlägen gibt es viele weitere Möglichkeiten, sich während eines Streiks zu engagieren.

Gesa Bruno-Latocha,
Referentin im Vorstandsbereich
Tarif- und Beamtenpolitik

***www.gew.de/beamtenstreikverbot-zementiert**
****www.gew.de/karte**

DANIEL MERBITZ

Foto: Kay Herschelmann

Nicht trivial!

Nach der Tarifrunde ist vor der Tarifrunde. Gefühlt standen wir im Länderbereich erst gestern auf den Marktplätzen, vor den Schulen und Hochschulen, haben gegen die Verweigerungshaltung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und gegen die Fußkälte bei langen Streikreden angekämpft. Und doch steht bereits die nächste Tarifrunde für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder vor der Tür. Die Entgelttabellen sind gekündigt, dadurch wurde die Friedenspflicht, die Arbeitskampfmaßnahmen verwehrt, zum Jahresanfang beendet. Wir bereiten uns auf eine besondere Auseinandersetzung vor. Besonders deshalb, weil viele verschiedene Großbaustellen zu bearbeiten sind. Dies ist nicht trivial.

Erstens: Die Gewerkschaften fordern 6 Prozent lineare Entgelterhöhung, mindestens jedoch 200 Euro! Keine Einmalzahlungen, sondern tabellenwirksame Verbesserungen. Wir haben uns in den vergangenen Jahren daran gewöhnt, dass es gute Gehaltszuwächse gibt. Dies ist aber kein Selbstläufer. Jeder Prozentpunkt musste hart verhandelt und erstreikt werden. Wenn ich gelegentlich höre: „Ach, es geht doch eigentlich nicht so sehr ums Geld, sondern darum, ein Zeichen gegen die Arbeitsbelastung zu setzen“, dann antworte ich: „Stimmt, wir müssen uns gegen die gestiegenen Arbeitsbelastungen wehren, wir müssen aber auch einen guten Entgeltabschluss hinbekommen. Die Inflationsrate steigt kontinuierlich. Daher ist eine deutliche lineare Entgelterhöhung nicht trivial.“

Zweitens läuft ein Reformprozess mit Blick auf den Länder-Tarifvertrag (TV-L): Hier geht es um Verbesserungen bei der Eingruppierung im Sozial- und Erziehungsdienst. Einen Einstieg haben wir mittels Zulagen in der jüngsten Tarifrunde geschafft. Dies reicht aber nicht aus. Der Fachkräftemangel und die besseren Entgelttabellen bei den Kommunen müssten eigentlich bei den Länder-Arbeitgebern aus Eigeninteresse heraus die Einsicht befördern, deutlich nachzubessern und Geld auf den Tisch zu legen. Für uns gilt: Die Aufwertung der Kolleginnen und Kollegen im Sozial- und Erziehungsdienst der Länder ist nicht trivial.

Drittens: Eine weitere Großbaustelle ist die Weiterentwicklung der Entgeltordnung für Lehrkräfte. Neben vielen Detailfragen, die wir mit der TdL schon erörtert haben, wird es auch um den schwierigsten Punkt gehen: die überfällige Einführung der vollständigen Paralleltabelle, also zum Beispiel die Zuordnung der Besoldungsgruppe A12 zur Entgeltgruppe E12 statt wie bisher zur Entgeltgruppe 11 (s. S. 16 f.). Die Paralleltabelle ist die größte Stellschraube in der komplexen Apparatur des Tarifvertrags für eine Entgeltordnung für Lehrkräfte. Dies ist nicht trivial.

Und viertens, zum Schluss – als ob es nicht schon genug Herausforderungen gibt: Wir sorgen uns um die mantelrechtlichen Regelungen des Tarifvertrages. Hier ist der zentrale Punkt die bislang verweigerte stufengleiche Höhergruppierung beim Aufstieg in eine höhere Entgeltgruppe. Aber auch die von uns geforderten Verbesserungen für die Kolleginnen und Kollegen im Bereich Hochschule und Forschung, etwa die Eindämmung des Befristungsunwesens, sind wichtig. Nicht trivial also auch diese Punkte.

Wir können gemeinsam starke Aktionen und Streiks stemmen, mit viel Kraft und Herzblut. Die Aufmerksamkeit ist uns sicher, denn Arbeitskämpfe im Bildungsbereich sind für die Arbeitgeber alles andere als trivial!

Daniel Merbitz,
GEW-Vorstandsmitglied Tarif- und Beamtenpolitik

… und dann lahmt auch

// Bildung steht erkennbar nicht oben auf der Prioritätenliste der Bundesregierung. Trotz Rekordüberschüssen dümpelt der Etat von Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) auch in den nächsten Jahren weiter bei rund 5 Prozent der Gesamtausgaben. Dass Gelder etwa für die Schulgebäudesanierung nicht ausgegeben werden können, hat manchmal aber noch einen anderen Grund: Personalmangel in der Bürokratie. //

„Zukunftsorientiert, gerecht und solide“ – so haben die Beamten von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) ihre Präsentation der Haushaltsplanung bis 2022 überschrieben. Der Minister selbst verteidigte Ende November bei den Beratungen im Bundestag die schwarze Null als Ausdruck einer seriösen Haushaltspolitik. „Es ist richtig, dass wir unverändert darauf bestehen, dass wir einen Haushalt entwickeln, der ohne zusätzliche Schulden auskommt“, sagte Scholz. Nur damit schaffe man den finanziellen Spielraum, um auf künftige Krisen angemessen reagieren zu können.

Allerdings waren der Großen Koalition in der Haushaltspolitik schon zu Beginn zwei ausgesprochene Peinlichkeiten unterlaufen. Zur allgemeinen Überraschung sanken in Scholz‘ erster Finanzplanung trotz voller Kassen die Investitionen – von 37,9 Milliarden Euro im Jahr 2018 bis auf 33,5 Milliarden Euro im Jahr 2022. Auch der Bildungsetat als klassischer Zukunftshaushalt bekam zu spüren, welch geringe Bedeutung ihm die Regierung beimisst. Dessen Volumen schrumpfte im Jahr 2018 leicht auf 17,62 Milliarden – gegenüber 17,65 Milliarden im Jahr zuvor. Beides korrigierte die Regierung inzwischen. Die Investitionen sollen in den nächsten Jahren nun doch steigen. Und nach massiver Kritik von vielen Seiten steigt der Etat von Bildungsministerin Karliczek 2019 um gut 5 Prozent auf knapp 18,15 Milliarden Euro. Doch der Eindruck bleibt: „Bildung hat im Bundeshaushalt keine Priorität“, wie das Institut der deutschen Wirtschaft in einer Analyse der mittelfristigen Entwicklung feststellte. Demnach stockte der Bund die Bildungsausgaben zwischen 2013 und 2018 um gerade mal 3,7 Milliarden Euro auf, womit der Anteil am Gesamtetat nur marginal zulegte und weiter bei rund 5 Prozent liegt. Mehr als doppelt so groß fiel der Zuwachs übrigens im Verteidigungsetat aus.

Streit um Kompetenzen

An mangelndem Geld kann der geringe Zuwachs des Bildungsetats nicht liegen. Auch beim zähen Ringen um den Digitalpakt für die Schulen dreht sich der Streit in erster Linie um die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern sowie den besten Weg, die Milliarden vom Bund an die Kommunen weiterzuleiten (s. S. 22 f.). Erst in zweiter Linie ging es um die Finanzierung an sich. In diesem Jahr werden die Staatskassen nach einer Prognose des Bundesfinanzministeriums mit einem Rekordüberschuss von mehr als 60 Milliarden Euro abschließen. Das entspricht fast 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Der Bund kommt demnach auf ein Plus von zehn Milliarden Euro, die Länder können sogar rund 20 Milliarden Euro erwarten. Für die nächsten Jahre zeichnet sich zwar wegen der leichten Konjunkturabkühlung ein Rückgang ab. Aber es bleibt bei deutlichen Überschüssen in den öffentlichen Kassen. Auch die Länder, die für einen Großteil der Bildung zuständig sind, könnten sich dank der extrem guten Haushaltslage mehr leisten – wenn die Politik es wollte. Allerdings gibt es große regionale Unterschiede. Die Länder mit einer schwächeren Wirtschaftsstruktur und geringeren Einnahmen als im Bundesdurchschnitt leiden im Zeitalter der Schuldenbremse besonders darunter, dass sie von 2020 an überhaupt keine Kredite mehr aufnehmen dürfen. Sie sind daher auf eine stärkere Unterstützung des Bundes angewiesen.

Auch mit dem gewaltigen Nachholbedarf bei den Schulsanierungen beschäftigte sich der Bundestag bei den Haushaltsberatungen. Auf fast 48 Milliarden Euro beziffert die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in einer im August veröffentlichten Studie den Investitionsstau durch undichte Dächer, schimmlige Wände und heruntergekommene Toiletten in Deutschlands Schulen. Im Vergleich zum Vorjahr sei diese Summe sogar noch einmal um 15 Milliarden gestiegen, heißt es in der Untersuchung. Zusätzliche Anforderungen etwa für den Ausbau der Ganztagsschulen haben die KfW-Experten dabei nicht eingerechnet. Darüber hinaus verweist KfW-Chefvolkswirt Jörg Zeuner auf ein besonderes Problem: Zwar hätten die Kommunen die Mittel zuletzt aufgestockt. Aber der Großteil davon werde durch die steigenden Baupreise regelrecht „aufgefressen“.

Mittel kommen nicht an

Ein weiteres Problem: Die Bundesmittel kommen vor Ort nicht an. Im Jahr 2015 hatte der Bund das Schulsanierungsprogramm mit einem Volumen von 3,5 Milliarden Euro aufgelegt. Doch die Kommunen können die Milliarden kaum abrufen, weil die Länder zu wenige oder teilweise gar keine Anträge stellen. Die Länder ihrerseits verweisen darauf, dass ihnen nach Jahren des Sparzwangs die Planungs- und Verwaltungskapazitäten fehlten und sie nicht mehr auf genügend Fachleute für die komplizierte Bearbeitung der Anträge zurückgreifen könnten. Ähnliche Probleme zeigen sich beim Anschluss der Schulen ans Breitbandnetz – laut Koalitionsvertrag ein Herzensanliegen der Bundesregierung. Doch auch hier bremst das komplizierte Verfahren, durch das Schulen und ihre Träger keine eigenständige Breitbandförderung beantragen können, sondern sich an ein bereits bestehendes Infrastrukturprojekt anhängen müssen.

Mangelndes Engagement und ein zu geringes Tempo musste sich die Koalition auch bei der Diskussion über die Förderung der Ganztagsschulen vorwerfen lassen. Als Bundesfinanzminister Scholz im

noch der Amtsschimmel

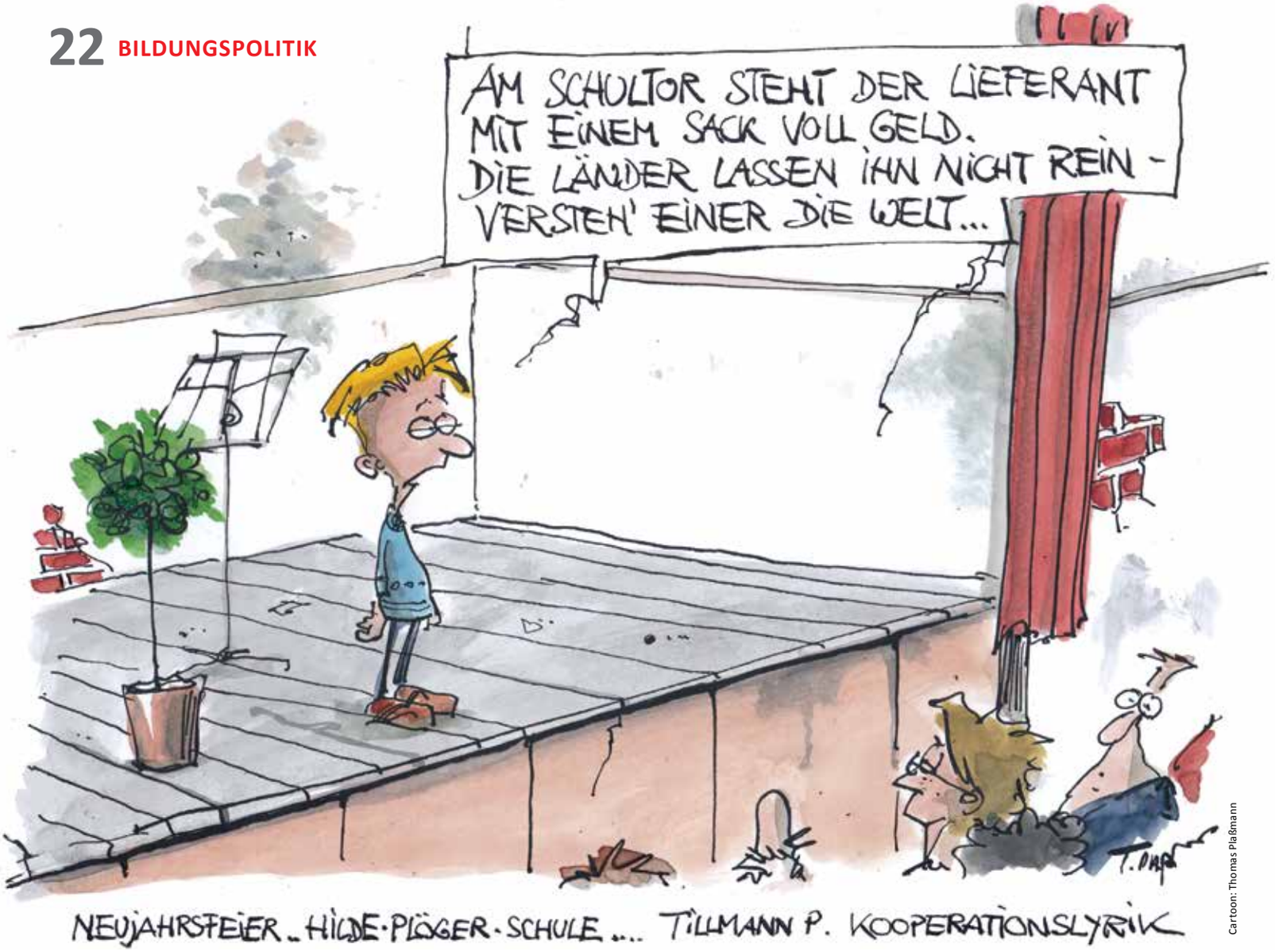
Herbst mit Zustimmung der Koalitionsparteien im Haushalt 2019 zwei Milliarden Euro aus dem Ganztagsschulprogramm herausnehmen und der Bundeswehr zuweisen ließ, empörte sich Gesine Lötzsch (Linke): „Ich bringe es einmal auf eine kurze Formel: Kriegsschiffe statt Bildung“. Aus dem Bundesfinanzministerium hieß es dazu, der Großteil des für den Ausbau der Ganztagsschulen eingeplanten Geldes werde erst von 2020 an benötigt und nicht schon 2019. Es bleibe aber dabei, dass die vereinbarten Summen im Haushalt bereitgestellt würden. Viel zu langsam gehe das voran, kritisierten die Grünen in einem Entschließungsantrag zum Haushaltsgesetz 2019. Weil Scholz verzögere, „müssen Eltern, Schülerinnen und Schüler weiter auf gute Ganztages-Betreuungsangebote warten“.

„Das BAföG und das Meister-BAföG wollen wir massiv verbessern“, versprach der SPD-Bundestagsabgeordnete Swen Schulz im Bundestag. Durch die Reform soll der Förderhöchstsatz um 15 Prozent auf 850 Euro im Monat steigen. Die Einkommensfreibeträge will die Koalition um 9 Prozent erhöhen und den Wohnzuschlag von monatlich derzeit 250 Euro auf 325 Euro. Aber schafft das Gerechtigkeit? Die Novelle reiche nicht aus, sagte Margit Stumpp (Grüne). „Die Fördersätze und Freibeträge müssen sofort – und nicht erst zum Wintersemester im nächsten Jahr – um 10 Prozent steigen und zudem automatisch erhöht werden.“ Die Linkspartei warf die Frage auf, wie man für 325 Euro eine Wohnung in München, Frankfurt am Main oder Hamburg finden solle.

Noch in den parlamentarischen Beratungen befindet sich (bei Redaktionsschluss der E&W) ein weiteres wichtiges Reformvorhaben für mehr Chancengleichheit in der Bildung: das „Gute-Kita-Gesetz“ von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD). Damit will sich der Bund stärker an der qualitativen Verbesserung der Kindestagesbetreuung beteiligen und den Bundesländern für vier Jahre rund 5,5 Milliarden Euro bereitstellen. Bei der Anhörung im Familienausschuss des Bundestages übten die Expertinnen und Experten jedoch fast durchweg scharfe Kritik an der Vorlage. So bemängelte die Leipziger Pädagogik-Professorin Susanne Viernickel, die Summe diene auch dazu, die Beitragsfreiheit für Eltern zu finanzieren. Das sei ein sinnvolles Ziel, doch Gebührenfreiheit dürfe nicht auf Kosten der Qualität gehen und müsse zusätzlich finanziert werden. Auch der Bundesrat meldete in einer Stellungnahme Vorbehalte an und verlangte „dauerhafte Finanzzuweisungen des Bundes in Höhe von mindestens zwei Milliarden Euro“ auch über das Jahr 2022 hinaus.

Markus Sievers,
Redakteur Du Mont Hauptstadtredaktion

Cartoon: Thomas Plaßmann



Cartoon: Thomas Plaßmann

Föderaler Starrsinn

// Es geht um weit mehr als die fünf Milliarden Euro für den Digitalpakt Schule. Beim Streit um die Lockerung des Kooperationsverbots pochen die Länder ungeachtet ihrer jahrelangen Versäumnisse in der Bildungspolitik auf „ihre" föderalen Rechte: Für mehr und bessere Bildung soll der Bund zwar kräftig zahlen, aber bloß nicht mitwirken. //

Geschlossen haben die 16 Bundesländer Mitte Dezember im Bundesrat ihre Zustimmung zu der zuvor von Union, SPD, FDP, Grünen und Linken im Bundestag gemeinsam verabschiedeten Verfassungsänderung verweigert. Damit sollte das 2006 zusammen mit der Föderalismusreform ins Grundgesetz gegossene Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildungspolitik auch für die Schulen weiter gelockert werden. Nach dem Willen der Länder soll die Verfassungsänderung jetzt im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat „grundlegend überarbeitet" werden.

Die Fraktionen von Union, SPD, FDP, Grünen und Linken im Bundestag hatten Ende November mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit für eine Grundgesetzänderung votiert: Der Bund sollte laut dem neu formulierten Artikel 104c „den Ländern zur Sicherstellung der Qualität und Leistungsfähigkeit des Bildungswesens Finanzhilfen für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen (…) gewähren" können. Dies war mit dem Kooperationsverbot und der Föderalismusreform von 2006 unterbunden worden. Auslöser war damals das von den Unionsländern ungeliebte Ganztagsschulprogramm der rot-grünen Regierungskoalition unter Kanzler Gerhard Schröder (SPD). So populär das Programm bei Eltern war – einem Großteil der Unionspolitiker passte die Ganztagsschule nicht in ihr familienpolitisches Weltbild.

Bei den aktuellen Gesetzesberatungen im Bundestag wurde auf Druck der Finanzpolitiker Eckardt Rehberg (CDU) und Johannes Kahrs (SPD) nachträglich eine Ergänzung in Artikel 104b eingefügt, die sich als problematisch erwies: „Die Mittel des Bundes sind in jeweils mindestens gleicher Höhe durch Landesmittel für den entsprechenden Investitionsbereich zu ergänzen; sie sind befristet zu gewähren und hinsichtlich ihrer Verwendung in regelmäßigen Abständen zu überprüfen." Rehberg wie Kahrs beriefen sich auf äußerst schlechte

Erfahrungen und Haushaltstricksereien einiger Länder, die in den vergangenen Jahren Investitionen des Bundes etwa für Bildung und sozialen Wohnungsbau zweckentfremdet und vornehmlich zur Etatsanierung genutzt hätten.

Nach dem Veto

Die Länder haben völlig unterschiedliche Vorstellungen, wie es nach ihrem geschlossenen Veto im Bundesrat nun weitergehen soll. Das dürfte die Verhandlungen im Vermittlungsausschuss erheblich erschweren und vermutlich über Monate hinziehen. Einig sind sich die Länder letztlich nur in einem Punkt: Sie wollen für die Bildung dauerhaft deutlich mehr Geld vom Bund. Allen voran Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne), der in dem Mitwirkungsansinnen des Bundes einen „Anschlag“ auf die föderalen Rechte der Länder sieht. Die Sonderprogramme des Bundes zur Verbesserung der Bildung sind für ihn „süßes Gift“, um auch inhaltlich Einfluss zu nehmen. Kretschmann will stattdessen etwa die Mehrwertsteuereinnahmen zwischen Bund und Ländern zugunsten der Länder neu aufteilen – eine Forderung, die seit Jahrzehnten immer wieder von verschiedenen Ländern erfolglos erhoben wird. Allerdings hatten sich die Regierungschefs von Bund und Ländern erst Ende 2016/Anfang 2017 über einen neuen Finanzausgleich verständigt – mit erheblichen Verbesserungen für die Länder. Die Vereinbarung trägt auch Kretschmanns Unterschrift.

Inhaltlich wird der baden-württembergische Ministerpräsident mit seinem massiven Vorgehen gegen die Abschaffung des Kooperationsverbots von den Unions-Regierungschefs aus Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen unterstützt. Was der Bund mit „Sicherstellung der Qualität“ meine, sei „nichts anderes als ein Einfallstor für Einflussmöglichkeiten des Bundes in die Substanz der Bildungspolitik“, schrieben sie gemeinsam mit Kretschmann in einem offenen Brief.

Dagegen haben die meisten SPD-Regierungschefs sowie Bodo Ramelow (Linke/Thüringen) gegenüber dem Bund inhaltlich weniger Berührungsängste. Die Abschaffung des Kooperationsverbots stand schließlich in den von ihren Parteien beschlossenen Programmen zur Bundestagswahl. Sturm laufen sie vor allem gegen die vorgesehene 50-prozentige Mindestbeteiligung der Länder. Die gehöre nicht ins Grundgesetz. Finanzschwache Länder könnten künftig kaum mehr Hilfen des Bundes in Anspruch nehmen, wenn sie mindestens die Hälfte beisteuern müssten.

Allerdings: Die so vehement beanstandete 50-Prozent-Regelung zieht sich bereits quer durch die wechselvolle Geschichte der Bund-Länder-Zusammenarbeit in der Bildung. Beim – 2006 abgeschafften – gemeinsamen Hochschulbau gab es die hälftige Beteiligung des jeweiligen Landes ebenso wie beim aktuellen Hochschulpakt. Gleiches gilt auch für die Finanzierung der Hochschulforschung über die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die Grundlagenforschung der Max-Planck-Institute. Hier wollten die Länder aber die vom Bund gewünschte Steigerung der Forschungsausgaben nicht mittragen. Der Bund übernimmt bei der DFG inzwischen fast 60 Prozent der Kosten.

Unstrittig ist, dass der Digitalpakt auch ohne Grundgesetzänderung möglich wäre: als einmalige befristete Zuwendung – wie dies Ramelow und Schleswig-Holsteins Regierungschef Daniel Günther (CDU) im Bundesrat deutlich machten. Auch andere Länderchefs schlagen vor, Digitalpakt und Grundgesetzänderung zu trennen. Doch ohne das fünf Milliarden schwere Druckmittel des Digitalpakts ist angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat eine Lockerung oder gar die Abschaffung des Kooperationsverbots kaum denkbar. Die Fronten zwischen Bund und Ländern sind angesichts des Finanzpokers derzeit jedenfalls extrem verhärtet.

Ganz anders vor 50 Jahren

Dabei gab es auch schon mal ganz andere Zeiten: Vor 50 Jahren erlebte die alte Bundesrepublik ihre erste Bildungsexpansion. Es gab einen Run auf die Gymnasien, Länder und Kommunen kamen mit Schulneugründungen kaum nach, Studienplätze waren ein rares Gut. Die Kultusministerkonferenz stand mit dem Rücken zur Wand. Ihr damaliger Präsident, der Berliner Bildungssenator Carl-Heinz Evers (SPD), forderte den Bund auf, sich finanziell wie inhaltlich mehr des Bildungsthemas anzunehmen. In den Folgejahren gab es eine Grundgesetzänderung, die dem Bund vor allem bei den Hochschulen mehr Mitsprache einräumte, die Gründung der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung (BLK), einen ersten Bildungsgesamtplan für die Bundesrepublik, zahlreiche vom Bund geförderte Schul-Modellversuche, das Hochschulrahmengesetz und die gemeinsame Hochschulbauförderung.

2006 dann der Rollback: mit der Festschreibung des Kooperationsverbots im Grundgesetz. Es ist inzwischen durch mehrfache Änderungen durchlöchert – vor allem zu Gunsten der Wissenschaft. Heute zahlt der Bund für Bildung so viel wie noch nie.

Man könnte das Gezerre der Länder eher nachvollziehen, wenn sie denn tatsächlich eine erfolgreiche Bildungspolitik vorzuweisen hätten. Doch auch zehn Jahre nach dem Bildungsgipfel ist die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss nicht halbiert, sind fast 1,5 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 30 Jahren ohne Berufsabschluss, bleiben Hauptschülern fast zwei Drittel der noch freien Ausbildungsplätze wegen höherer Qualifikationserwartungen verschlossen.* Und warum haben die Länder angesichts ihrer doch so hohen Sachkompetenz in Bildungsfragen die Schulen nicht längst digital ausgestattet?

Gut 15 Jahre nach dem ersten PISA-Schock kann immer noch fast jeder fünfte 15-jährige Schulabgänger weder richtig lesen noch fehlerfrei schreiben und Texte verstehen. Doch Föderalismus-Streiter Kretschmann ficht das alles nicht an. Er sorgt sich stattdessen um den Niedergang der Dialekte bei jungen Menschen, um das Schwäbische, das Alemannische und das Fränkische – wie er unlängst bekannte. Der Arbeitsmarkt 4.0 wird davon wahrlich nicht begeistert sein.

Karl-Heinz Reith,
freier Journalist

*bit.ly/bilanz-bildungsgipfel

Foto: Kay Herschelmann

MARLIS TEPE

Vermittlung jetzt!

Am 16. Januar 2019 tagt der Vermittlungsausschuss zwischen Bundesrat und Bundestag. Er verhandelt über die Grundgesetzänderungen, die es dem Bund ermöglichen sollen, mehr Geld für Bildung, sozialen Wohnungsbau und Infrastruktur an Kommunen und Länder zu geben. Ich habe mich an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Parteivorsitzenden gewandt sowie zusammen mit allen GEW-Landesvorsitzenden die Ministerpräsident*innen und Bildungsminister*innen aller Bundesländer angeschrieben und gemahnt, jetzt Lösungen zu finden, damit das Kooperationsverbot gelockert und tatsächlich viel mehr Geld in Bildung fließen kann. Denn: Bildung kann nicht länger warten! Bildung ist eine der Zukunftsfragen des 21. Jahrhunderts in Deutschland. Die Bundesregierung hat in ihrer Koalitionsvereinbarung mit dem Kita-Qualitätsgesetz, dem Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz an Grundschulen und dem Digitalpakt entscheidende Weichen gestellt. Das ist richtig und wichtig so – auch wenn es nur erste Schritte sind, die jeweils nicht ausreichen. Die GEW unterstützt diese Anfänge. Bildung braucht allerdings auch darüber hinaus wesentlich mehr finanzielle Mittel.

Der Bildungsstandort Deutschland steht unter hohem Druck:

- Es mangelt bundesweit bedrohlich an pädagogischem Personal, nicht nur für die steigende Zahl an Kindern, Schüler*innen, sich Weiterbildenden und Studierenden, sondern vor allem für mehr Qualität.
- Die Kommunen sind bisher vielfach nicht in der Lage, für Kitas und Schulen eine Gebäudeinfrastruktur vorzuhalten, die modernen Bildungsansprüchen genügt. Allein an Schulen liegt der Sanierungsstau laut der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bei fast 48 Milliarden Euro.
- Die Ausstattung der Schulen und Hochschulen für eine Bildung, die junge Menschen auch auf das Leben in der digitalen Welt gut vorbereitet, reicht bei weitem nicht aus.
- Der Bildungs- und Forschungsbereich ist seit Jahren deutlich unterfinanziert.
- Die Weiterbildung braucht eine neue Strategie.

Nun droht der seit 2016 versprochene Digitalpakt erneut zu scheitern, obwohl die Mehrheit es für richtig hält, wenn der Bund Länder und Kommunen stärker unterstützt. Viele Schulen haben ihre Konzepte bereits fertig und wollen nicht mehr warten. Die GEW steht mit der Kultusministerkonferenz (KMK) für das Primat der Pädagogik und hat sich zu der KMK-Strategie für eine Bildung in der digitalen Welt positioniert. Wir haben in der GEW ein Bundesforum initiiert, wollen hier diskutieren, weiter denken und Vorschläge für den Weg der Bildungseinrichtungen in die digitale Welt entwickeln.

Nur ein Schulterschluss von Bund, Ländern und Kommunen, der mutig und mit gegenseitigem Respekt ausgehandelt wird, kann dazu führen, dass Bildung wieder die notwendige Bedeutung und eine an den realen Bedarfen orientierte Finanzierung erhält. Mit großer Sorge beobachten wir, dass sich die Verantwortungsebenen mit der notwendigen Ressourcensteuerung schwertun und häufig keine Einigung erzielen. Das frustriert alle und stärkt die Position derjenigen, die nicht glauben, dass „Politik“ in der Lage ist, die Herausforderungen der heutigen Zeit zu bewältigen. Deshalb erwarten wir, dass schnellstmöglich die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, damit zunächst der Digitalpakt umgesetzt werden kann, die vorgesehenen fünf Milliarden Euro Bundesmittel dafür fließen und weitere Bildungsaufgaben finanziert werden können.

Zudem brauchen wir zeitnah einen gesellschaftlichen Diskurs darüber, wie Bildung grundsätzlich ausgestattet werden müsste, um bestmögliche Bedingungen für Lernende und Lehrende zu garantieren, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu gewährleisten und die Entkopplung des Bildungserfolges von der sozialen Herkunft zu erreichen.

Bildung kann nicht länger warten!

Marlis Tepe,
Vorsitzende der GEW

Von Budenheim nach Berlin

// Beim 9. Follow-up-Kongress zum „Templiner Manifest“ in Berlin debattierte die GEW mit Bundestags- und Ländervertretern über die Zukunft des Hochschulpakts. //

Vom „Templiner Manifest“ über den „Köpenicker Appell“ bis zum „Budenheimer Memorandum“: Seit 2010 macht die GEW unter den Namen etwas abgelegener, aber idyllischer Orte Druck für bessere Bedingungen in Studium und Wissenschaft. Im Zentrum des im September während der GEW-Wissenschaftskonferenz im rheinland-pfälzischen Budenheim vorgestellten gleichnamigen Memorandums (s. E&W 12/2018) steht die Zukunft des Hochschulpakts – einer Bund-Länder-Vereinbarung, von der zwei Jahre vor ihrem Auslaufen nicht klar ist, wie es weitergeht. Denn auch wenn Einigkeit besteht, dass die milliardenschwere Maßnahme zur Bewältigung steigender Studierendenzahlen fortgesetzt werden muss, ist das Wie höchst offen. Einer der zentralen Knackpunkte ist, ob der neue Pakt – wie vom Wissenschaftsrat oder der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) gefordert – „dynamisiert“, also jährlich erhöht werden soll. Werde er das nicht, hatte HRK-Präsident Peter-André Alt im Vorfeld bekräftigt, fielen die Hochschulen gegenüber den außeruniversitären Einrichtungen zurück. Diese – etwa Max-Planck-, Fraunhofer- und weitere Institute – erhalten im Rahmen des Pakts für Forschung und Innovation jedes Jahr 3 Prozent mehr Geld.

Foto: Kay Herschelmann

Wie geht es weiter mit dem Hochschulpakt? Entscheidende Zukunftsfrage: Wird der neue Pakt „dynamisiert“, also jährlich erhöht?

Jetzt Weichen stellen

„Geld“ war auch das Stichwort, mit dem GEW-Vize und Vorstandsmitglied für Hochschule und Forschung, Andreas Keller, den Follow-up-Kongress im Berliner Regierungsviertel eröffnete: mit einer Antwort auf eine Äußerung der Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU), die jüngst gesagt hatte: „Seien Sie froh, dass das Geld knapp ist. Sonst wäre es nichts wert.“ Keller: „Wäre unsere Geduld nicht begrenzt, würde noch weniger Geld in Bildung investiert.“ Wenn eine „neue Bildungskatastrophe“ verhindert werden solle, so Keller, müssten Bund und Länder jetzt die Weichen stellen – mit einem neuen Hochschulpakt, unbefristet und dynamisiert.

Bei der Debatte mit Abgeordneten aus fünf Bundestagsfraktionen wurde schnell deutlich, dass sich in der CDU in dieser Frage noch nichts bewegt hat: Den Ländern stehe eine Dynamisierung „völlig frei“, erklärte Tankred Schipanski (CDU), für den Bund gelte: „Hochschulfinanzierung ja, Grundfinanzierung nein.“ Für die SPD-Fraktion erklärte Oliver Kaczmarek, sich einer Dynamisierung „nicht verschließen“ zu wollen; auch die Verankerung von „guter Arbeit als Kriterium“ sei denkbar. Widerspruch kam von der FDP: „Automatische Zahlungen“, so Jens Brandenburg, verkleinerten immer den Gestaltungsspielraum, etwa beim BAföG. „Ausgaben gegeneinander auszuspielen“, dagegen sprach sich Kai Gehring (Grüne) aus. Das für 2015 vereinbarte Ziel, 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung zu investieren, sei nach wie vor nicht erreicht. „Prämien für Hochschulen mit vielen unbefristeten Stellen“ nannte Gehring einen „spannenden Vorschlag“. Nicole Gohlke (Linke) forderte eine „Entfristungsoffensive“: Ähnlich wie beim Professorinnenprogramm sollte der Bund mit einem Anschub helfen, binnen zehn Jahren 100.000 Stellen zu entfristen.

Gerd-Rüdiger Kück, SPD-Staatsrat in Bremen, erklärte als Vertreter der Länder, ein „bloßes Fortschreiben“ des Paktes, der sich bisher an der Zahl der Studienanfänger der jeweiligen Hochschulen orientiert, sei nicht das Ziel. Nur mit einer „stabilen, dauerhaften finanziellen Planungssicherheit“ könne auch der heterogener und internationaler gewordenen Studierendenschaft Rechnung getragen werden. Für diese brauche es „mehr Beratungs- und Betreuungsangebote“. Kück sprach sich zudem dafür aus, dass mehr Länder die Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen mit einem Kodex „Gute Arbeit“ voranbringen.

GEW-Hochschulexperte Keller warnte abschließend davor zu glauben, ein verstetigter Hochschulpakt schaffe automatisch unbefristete Stellen: „Die Erfahrung lehrt: Die Hochschulen brauchen für Befristungen gar keine Argumente. Sie suchen – und sie finden – Schlupflöcher.“

Jeannette Goddar,
freie Journalistin

Pendler zwischen den Welten

Foto: mauritius images

Abgeordnete Lehrkräfte gibt es an vielen Hochschulen. Als pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betreuen sie Lehramtsstudierende. Doch es scheint, als führten die Pendler zwischen Schule und Hochschule ein Schattendasein.

// Lehrerinnen und Lehrer, die für einige Jahre von der Schule an die Hochschule wechseln, sind kaum ein Thema in der Bildungspolitik. Dabei nehmen die pädagogischen Mitarbeiter wichtige Aufgaben wahr. Ohne sie könnten die Hochschulen die Ausbildung der Lehramtsanwärter kaum bewältigen. Doch das Potenzial der Schulpraktiker wird oft zu wenig wertgeschätzt. //

Catrin Siedenbiedel ist Lehrerin. Sie hat Deutsch und Englisch für Gymnasien studiert, danach promoviert und über zehn Jahre unterrichtet. Doch seit fast sechs Jahren ist ihr Arbeitsort die Universität Kassel. Am Institut für Erziehungswissenschaften im Bereich Schulpädagogik betreut Siedenbiedel die schulpraktische Ausbildung der Lehramtsanwärter und leitet Seminare in Erziehungswissenschaften sowie Fachdidaktik. „Ich wollte schon immer gern an der Universität arbeiten, doch nach meinem Abschluss gab es keine Stelle“, erzählt die Lehrerin. Also bewarb sie sich nach vielen Jahren in der Schule erneut an der Uni – diesmal nicht auf eine Stelle als Nachwuchswissenschaftlerin, sondern als erfahrene Praktikerin, als pädagogische Mitarbeiterin. Formal ist sie weiter im Schuldienst, jedoch für einige Jahre an die Universität abgeordnet.

Abgeordnete Lehrkräfte oder Pämis, wie sie etwa in Hessen kurz und knackig genannt werden, gibt es an vielen Hochschulen, die Lehrerinnen und Lehrer ausbilden. Sie arbeiten dort mehrere Jahre – in Hessen sind es maximal fünf – nebenbei oder in Vollzeit. Auf die Frage, wie viele abgeordnete Lehrkräfte es gibt, hat auch die Kultusministerkonferenz keine Antwort. Eine stichprobenartige Suche ergab: Weder im hessischen noch im nordrhein-westfälischen oder Berliner Lehrerbildungsgesetz sind sie erwähnt. Es scheint, als führten abgeordnete Lehrkräfte ein Schattendasein.

Heiß begehrte Praktiker

Doch an den Universitäten sind die erfahrenen Praktiker heiß begehrt. Sie sind das Scharnier zwischen der akademischen Welt in den Auditorien und der praktischen in den Klassenräumen. Ohne sie könnten die Hochschulen kaum die Ausbildung der vielen Lehr-

amtsanwärter bewältigen, die schon während des Studiums praktische Erfahrungen sammeln sollen und angesichts des Lehrkräftemangels in großer Zahl gebraucht werden.

Sabine Klomfaß, die an der Universität Gießen am Institut für Schulpädagogik, Elementarbildung und Didaktik der Sozialwissenschaften forscht, hat die Gruppe der pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter die Lupe genommen. Für ihr Forschungsprojekt „Lehrer*innen zwischen Schule und Universität“ hat sie 24 von ihnen befragt. „Die Annahme, das sind die ausgelaugten Lehrkräfte, die den Alltag nicht mehr bewältigen, stimmt auf jeden Fall nicht“, fasst Klomfaß ein Ergebnis ihrer Interviews zusammen. Es sei zwar so, dass die Abordnung an eine Hochschule neben einem Sabbatical für Lehrerinnen und Lehrer oft die einzige Möglichkeit ist, dem Schulalltag mal für längere Zeit den Rücken zu kehren. Doch in der Regel gingen viele Lehrkräfte für einige Zeit an die Uni, um sich weiterzuqualifizieren – und kehrten danach wieder zurück in den Schuldienst. Die Studienergebnisse hat Klomfaß im Herbst auf einer Tagung der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft in Soest vorgestellt. Demnächst werden sie auch veröffentlicht.

Willkommene Weiterbildung

Vor fast vier Jahren bewarb sich Gaetano Blando auf eine Stelle an der Universität Kassel. Der Gymnasiallehrer für Deutsch, Politik und Wirtschaft ist seither am Fachbereich für politische Bildung beschäftigt. Dort vermittelt er unter anderem Studierende ins Schulpraktikum und begleitet die schulpraktischen Studien. Auch für ihn ist die Zeit an der Uni eine willkommene Weiterbildung. „Ich habe Zugang zu den aktuellsten Fachdidaktiken und kann mich auf Stand bringen.“ Für ihn heiße das: „Man wird frischer und reflektierter.“ Und der Unterricht besser.

Blando hat seiner Schule, dem Friedrichsgymnasium in Kassel, nicht gänzlich den Rücken gekehrt. Mit einer halben Stelle ist er immer noch Lehrer, die andere Hälfte seiner Arbeitszeit gehört der Universität. In seinem Fachgebiet sei er gut ins Team eingebunden, erzählt Blando, er werde oft zu Sitzungen eingeladen und stehe mit den Kolleginnen und Kollegen im Austausch. Dennoch könnte er sich vorstellen, sich noch mehr einzubringen. „Ich würde mich gern mehr in der Lehre engagieren, auch ein didaktisches Seminar anbieten.“ Doch das gestalte sich schwierig, denn in der Regel sei man mit der Betreuung der Praktikantinnen und Praktikanten sowie den Begleitseminaren zum Praktikum bereits ausgelastet. „Ein Beitrag zur fachdidaktischen Lehre ist daher eher unüblich“, bedauert Blando. Die pädagogischen Mitarbeiter würden oft für die Betreuung von Studierenden eingesetzt, hat auch Klomfaß in ihrer Studie festgestellt. Sie vermutet, dass fast alle Lehramtsstudierenden in Gießen während ihres Studiums auf Pämis treffen. Auf der einen Seite sei das gut – zumindest für den pädagogischen Nachwuchs: „Das ist schon auch eine tolle Gelegenheit für die Studierenden, authentische Einblicke in den Schulalltag zu bekommen“, sagt Klomfaß. Andererseits: Die Begleitung der Schulpraktikantinnen und -praktikanten, die mehrmals während des Praktikums besucht werden sollen, ist arbeitsintensiv und aufwändig. „Da bekommt man schon den Eindruck, die Universitäten nutzen hier die Möglichkeit, ungeliebte Aufgaben einfach abzuschieben“, kritisiert die Wissenschaftlerin.

Auch andere Bundesländer, etwa Berlin, setzen für die Lehramtsausbildung auf abgeordnete Lehrkräfte. Der Berliner Tagesspiegel berichtete im Juni, dass einige Didaktiken ohne die erfahrenen Schulpraktiker wegbrächen. Quelle: die Hochschulen selbst. Mark Rackles (SPD), Staatsekretär im Berliner Schulsenat, empörte sich daraufhin, „dass die auf Exzellenz getrimmten Hochschulen sich fast vollständig aus der Ausbildung des didaktischen Nachwuchses zurückgezogen haben“. Didaktik scheine stellenweise nur noch durch Lehrkräfte zu erfolgen. Das sei ganz sicher nicht das mit den Hochschulen vereinbarte Modell, „dass wir die Didaktiker durch Praktiker ergänzen“, so Rackles.

Nun ist es nicht so, dass sich die abgeordneten Lehrerinnen und Lehrer prinzipiell ausgenutzt fühlten. Siedenbiedel publiziert und habilitiert sogar neben ihrer Arbeit in der schulpraktischen Ausbildung. Dabei ist ihre Lehrverpflichtung vergleichsweise hoch: 14 Semesterwochenstunden müssen Pämis in Hessen leisten, wissenschaftliche Mitarbeiter nur 10. Siedenbiedels Forschungsschwerpunkt ist die Inklusion. Sie geht der Frage nach, inwieweit autistische Kinder und Jugendliche an Gymnasien integriert werden können.

Rückkehr mit Problemen

Obwohl sie gern im Schuldienst gearbeitet hat, möchte Siedenbiedel am liebsten an der Uni bleiben. Zumal die Rückkehr in den Schuldienst wohl auch Probleme aufwerfen könnte. „Es ist sicher nicht ganz unkompliziert, an der gleichen Stelle wieder einzusteigen. Dazu muss man sich überlegen, wie sich die Weiterentwicklung innerhalb der Schule abbilden lassen kann.“ Bislang machen sich die Schulen wenig Gedanken, wie sie mit ihren Uni-Rückkehrern umgehen. Das erlebt auch Blando. „Die Expertise von Pämis spielt bei uns an der Schule überhaupt keine Rolle. Man wird weder konsultiert noch angesprochen.“ Blando zeigt sogar Verständnis: Die Schulleitungen hätten ja genügend andere Aufgaben.

Dass das Thema Weiterbildung von Lehrkräften nicht oben auf der Prioritätenliste steht, zeigte jüngst auch eine Studie des Erziehungswissenschaftlers Peter Daschner (s. E&W 12/2018). Die Qualifizierung „fertiger“ Lehrerinnen und Lehrer außer Acht zu lassen, sei ein großer Fehler, bestätigt Ilka Hoffmann, im Vorstand der GEW für den Bereich Schule verantwortlich: „Man darf bei der Weiterentwicklung der Bildungsqualität nicht immer nur auf den Lehrkräftenachwuchs und das Studium setzen und dabei die Lehrkräfte im Schuldienst vernachlässigen.“

Für die Verbesserung des Unterrichts sind jedenfalls gut aus- und weitergebildete Lehrkräfte entscheidend. Das Potenzial der Lehrerinnen und Lehrer, die sich an die Unis abordnen lassen und sich dort auch gründlich weiterqualifizieren, könnte von beiden Institutionen – Schule und Hochschule – deutlich stärker genutzt werden.

Anna Lehmann,
taz-Redakteurin

Schwerwiegender Fehler

Foto: HRK/David Ausserhofer

Prof. Peter-André Alt

// Prof. Peter-André Alt, Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), über gute Lehre, neue Bachelor-Ideen und Studienabbrüche, die keine sind //

E&W: Ein Jahr nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts haben die Länder im Dezember ein neues Zulassungsverfahren für das Medizinstudium beschlossen. Die Wartezeitregelung fällt weg, stattdessen werden die Universitäten stärker an der Auswahl beteiligt. Wie zufrieden sind Sie damit?

Peter-André Alt: Die Umsetzung des Verfassungsgerichtsurteils ist natürlich sehr kleinteilig, das war auch kaum anders möglich. Ich finde aber sehr wichtig, dass wir vom reinen Abiturdurchschnitt wegkommen und beispielsweise berufliche Vorerfahrungen in der Pflege oder im Rettungsdienst stärker einbeziehen. Das kann ein sehr guter Beleg dafür sein, ob jemand wirklich Arzt oder Ärztin werden will. Dass den Hochschulen eine große Verantwortung bei der Bewerberauswahl überlassen wird, ist unverzichtbar. Deshalb muss die Übergangsphase verbindlich begrenzt werden.

E&W: Obwohl für gute und aussagekräftige Auswahlverfahren ja auch ein erheblicher Aufwand nötig ist …

Alt: Das stimmt, das ist auch eine Frage der verfügbaren Personalkapazitäten. Aber ich bin zuversichtlich, dass wir die Balance zwischen der Freiheit der Bewerber einerseits und einer fairen Auswahl durch die Hochschulen andererseits gut hinbekommen werden.

E&W: Die Frage der Auswahlverfahren ist eine relativ kleine im Vergleich zu einer anderen Reform, die Sie in einem Interview angeregt haben: Dort haben Sie für eine Verlängerung des Bachelorstudiums auf acht Semester plädiert. Warum?

Alt: Zunächst zur Klarstellung: Das war eine Meinungsäußerung, keine abgestimmte Position der HRK. Und: Mir ist klar, dass der vierjährige Bachelor kein Modell für alle Fächer sein kann. Aber wir müssen doch unbestritten auf zwei Feldern Antworten entwickeln: bei der Studienorientierung und beim Umgang mit einem sehr unterschiedlichen Vorwissen der Studierenden. Wenn, wie von mir vorgeschlagen, ein Bachelorstudium mit einer einjährigen, fächerübergreifenden Phase beginnt, wäre das notwendige Basiswissen sichergestellt und die Fächerwahl besser fundiert.

E&W: Um bei der insgesamt fünfjährigen Studiendauer bis zum Master zu bleiben, müsste dann aber der Masterstudiengang um ein Jahr verkürzt werden …

Alt: Das ist ein wichtiger Punkt, der auch die meisten Diskussionen ausgelöst hat. Eine solche Kürzung ist in der Tat etwa in den Ingenieur- oder Naturwissenschaften undenkbar. Aber ich meine, wir sollten überlegen, ob ein Studium mit Bachelor und Master nicht auch sechs statt fünf Jahre dauern darf, wenn wir dafür den Studierenden bei ihrem Start eine bessere Basis für den weiteren Weg bieten.

E&W: Protestiert dann die Wirtschaft, dass die Absolventen zu alt seien?

Alt: Das halte ich für ein eher schwaches Argument. Gleichzeitig fachliche Tiefe zu fordern und andererseits nach 22-jährigen Absolventen zu rufen, das passt einfach nicht zusammen.

E&W: Wie stark würde eine solche Verlängerung des Studiums den Bologna-Prozess noch ein weiteres Mal reformieren?

Alt: Aus meiner Sicht gar nicht so sehr. Denn die europaweite Vergleichbarkeit der Abschlüsse bleibt ja ebenso erhalten wie die Struktur mit dem ersten, berufsqualifizierenden Bachelor-Studiengang und dem stärker forschungsorientierten Master. Bologna bliebe damit in der Essenz erhalten, aber die Studienorientierung würde verbessert – und im besten Fall senken wir zugleich die Zahl der Abbrecher.

E&W: Wie groß ist denn das Abbrecher-Problem noch?

Alt: Auch wenn ich den Begriff gerade selbst genutzt habe: Wir sollten mit diesem Wort sehr vorsichtig umgehen. Ein Studienabbruch ist ja in den seltensten Fällen ein radikaler Bruch, sondern meistens ein Wechsel oder eine Umorientierung. Und diesen Wechsel sollten wir ausdrücklich nicht als Problem, son-

„Dass den Hochschulen eine große Verantwortung bei der Bewerberauswahl überlassen wird, ist unverzichtbar."

dern in jedem Studium auch als grundsätzliche Option verstehen.

E&W: Heißt das, überspitzt formuliert: Ein paar Abbrecher gehören zu jedem Studiengang dazu?

Alt: Natürlich dürfen die Zahlen nicht zu hoch werden, und der Zeitpunkt des Wechsels sollte auch nicht zu spät liegen. Aber dass man sich während des Studiums umorientiert, ist grundsätzlich kein Problem. Ein Problem wird es erst dann, wenn Menschen irgendwann ohne Perspektive aus dem Hochschulsystem herausfallen. Und natürlich bedeutet das nicht, dass wir uns bei der Studienorientierung und der Beratung, bei der fachlichen Vorbereitung und beim Mentoring nicht noch verbessern könnten.

E&W: Sie sind ja noch relativ neu an der Spitze der HRK. Wie zufrieden sind Sie mit dem, was Ihnen aus der Hochschulpolitik entgegenkommt?

Alt: Die Finanzierung der Hochschulen ist natürlich ein Dauerthema, das in fast jedem Gespräch eine Rolle spielt. Wir sind einfach darauf angewiesen, dass das, was wir in der Lehre aufgebaut und was wir dort künftig zu leisten haben, stabil finanziert wird. 3 Prozent jährlicher Aufwuchs bei der Hochschulfinanzierung, das halten wir unbedingt für notwendig – und zwar dauerhaft. Gute Lehre kostet Geld! Übrigens auch digitale Lehre. Es reicht eben nicht, eine Vorlesung abzufilmen. Das erfordert Infrastruktur, da müssen eigene Formate entwickelt und permanent zusätzlich angeboten werden.

E&W: Klarer im Hinblick auf eine Verstetigung der Mittel sind die Signale in der Exzellenzstrategie, wo es allerdings nicht um innovative Lehre, sondern um Spitzenforschung geht.

Alt: Die neue langfristige Förderung der Cluster und der Zukunftskonzepte ist sinnvoll und richtig, auch wenn sich durch diese Perspektiven zugleich der Erfolgsdruck für die antragstellenden Hochschulen erhöht. Ich sehe ein einziges strukturelles Problem im aktuellen Verfahren.

E&W: Welches?

Alt: Dass die Graduiertenschulen herausgenommen wurden, die ja beim Vorläufer Exzellenzinitiative noch eine wichtige Rolle gespielt haben, halte ich persönlich für einen schwerwiegenden Fehler. Junge Wissenschaftler sind für uns extrem wichtig, die Förderung dieses Formats hätte nicht wegfallen dürfen.

Interview: Armin Himmelrath, freier Journalist

Peter-André Alt war Präsident der Freien Universität (FU) Berlin, bevor er am 1. August 2018 sein Amt als Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) antrat. Der Literaturwissenschaftler hatte bereits an der FU studiert und war 2005 nach Stationen in Bochum und Würzburg als Professor nach Berlin zurückgekehrt. A. H.

Habichtswald Privat-Klinik
Krankenhaus für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie

Wigandstraße 1 · 34131 Kassel-Bad Wilhelmshöhe
www.habichtswaldklinik.de/privat

„Wir sind am Limit“

// In Rheinland-Pfalz werben immer mehr Schulen mit inklusivem Unterricht. Doch Förderschullehrkräfte sind knapp. Dadurch steigt die Belastung für das ganze Kollegium. Zudem zeichnet sich bereits ein Mangel an Grund- und Berufsschullehrkräften ab. //

Wenn Grundschullehrerin Ursula Köthen* aus dem Hunsrück ihrer 1. Klasse eine Aufgabe erklärt, blicken sie zwei Kinder stets ratlos an. Die 56-Jährige geht an deren Tisch, zeigt auf die Zahlen im Heft – und wiederholt noch einmal ganz langsam und deutlich, was zu tun ist. „Sie brauchen eigentlich eine Eins-zu-eins-Betreuung“, sagt Köthen. „Sonst verstehen sie überhaupt nicht, was sie machen sollen.“ Klar ist: Die beiden Sechsjährigen benötigen sonderpädagogische Förderung. Deshalb gehen sie auf eine Schwerpunktschule. So werden in Rheinland-Pfalz allgemeine Schulen bezeichnet, die inklusiven Unterricht anbieten. Das Problem: Es mangelt an Förderschullehrkräften. „Und zwar ganz dramatisch“, sagt Bezirkspersonalrätin Elisabeth Ellenberger, Mitglied der GEW-Fachgruppe Grundschulen. Je weiter im Norden die Schule liegt, desto schwerer fänden sich Bewerberinnen und Bewerber, berichtet ihr Kollege Andreas Mertens, zuständig für Gesamtschulen. „Oft gibt es überhaupt niemanden.“ In diesen Regionen zeichnet sich auch ein Mangel an Grund- und Berufsschullehrkräften ab. Zwar konnten zum Schuljahresbeginn noch alle Planstellen besetzt werden, doch immer häufiger springen Vertretungskräfte ohne entsprechende Ausbildung ein. „Für den Rest des Kollegiums bedeutet das eine zusätzliche Belastung“, so Ellenberger.

Köthens Grundschule sucht händeringend Förderschullehrkräfte. Ohne Erfolg. Nachdem eine Kollegin weggegangen war, fand sich kein Ersatz. Deshalb hat eine Nachwuchskraft den Job übernommen – frisch von der Uni und eigentlich Realschullehrerin, eine sogenannte Andersqualifizierte, kurz AQ genannt. Damit sei die Stelle offiziell besetzt, sagt Köthen. „Die junge Frau tut wirklich ihr Bestes.“ Aber sie brauche selbst noch Unterstützung – und niemand habe Zeit, sie richtig anzulernen. Ohnehin reichten ihre Kapazitäten hinten und vorne nicht für alle Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

Hetzen von Klasse zu Klasse

Köthen muss die Förderpläne alleine schreiben – und dafür Sorge tragen, dass die Kinder nicht abgehängt werden. Ständig mit dem Gefühl, ihren Schülerinnen und Schülern nicht gerecht zu werden. Zum einen fehlt die Zeit. In ihrer Klasse sind noch viele andere Kinder, die Schwierigkeiten mit dem Lernstoff haben, den Unterricht stören oder einfach aus dem Klassenzimmer rennen. Zum anderen ist die Klassenlehrerin dafür auch gar nicht ausgebildet. „Ich stoße an meine Grenzen. Ich habe immer das Gefühl, meine Arbeit nicht richtig gut zu machen.“

Dieses Gefühl kennt Förderschullehrer Werner Möller* nur zu gut. Mit einer halben Stelle ist er an einer Gesamtschule in Kaiserslautern für zehn Kinder zuständig. „Wir bekommen ständig zu hören, dass wir gut besetzt und viele Schulen deutlich schlechter dran sind“, berichtet der 61-Jährige. „Aber das kann ich nicht nachprüfen. Niemand blickt so richtig durch, nach welcher Berechnung die Stellen verteilt werden.“ Fakt sei: Die Bedingungen würden von Jahr zu Jahr schlechter. „Wir hetzen von einer Klasse zur nächsten und sind gar nicht mehr so nah an den Kindern dran.“ In der 8a unterstützt der Lehrer zum Beispiel drei Kinder mit geistiger Behinderung. Während in Mathe Bruchrechnen auf dem Stundenplan steht, übt Möller mit ihnen die Zahlen bis 20. „Die Regellehrkräfte kön-

„Es braucht viel mehr Wertschätzung“

Foto: GEW Rheinland-Pfalz

Klaus-Peter Hammer

„In Rheinland-Pfalz haben wir ganz besonders im Bereich der Grund- und Förderschulen Lehrkräftemangel. Das Problem wird in den nächsten Jahren noch gravierender. Der Bedarf steigt. Zwar schafft es das Land noch, alle Planstellen an Grundschulen zu besetzen. Aber für die vielen Vertretungsstellen finden sich längst keine ausgebildeten Lehrkräfte mehr. Zum Glück hat das Land auf eine GEW-Forderung reagiert und ermöglicht Kolleginnen und Kollegen von Gymnasien oder Realschulen, sich für das Grundschullehramt weiterzuqualifizieren. Doch das reicht nicht aus. Dringend müssten auch die Anzahl der Studienplätze erhöht und der Numerus clausus abgeschafft werden. Allerdings muss der Beruf auch insgesamt attraktiver werden. Der ‚Run‘ der Studierenden aufs Gymnasium ist deutlich stärker. Das liegt daran, dass die gesellschaftliche Anerkennung für die Sekundarstufe höher ist – und Lehrkräfte an Grundschulen immer noch weniger Geld verdienen. Das kann nicht sein. Es braucht viel mehr Wertschätzung dafür, was die Kolleginnen und Kollegen tagtäglich leisten.“

Klaus-Peter Hammer,
Vorsitzender der GEW Rheinland-Pfalz

nen das nicht leisten.“ Der Förderlehrer ist dienstags drei Stunden in der Klasse eingesetzt, freitags eine Stunde. Und für ein paar weitere Stunden kommt eine pädagogische Fachkraft. Das war’s.

Die Kolleginnen und Kollegen seien für immer mehr Kinder zuständig, berichtet GEW-Mitglied Birgit Wolsdorfer vom Bezirkspersonalrat für Förderschullehrkräfte. Das bedeute mehr Vorbereitung, mehr Gutachten, mehr Förderpläne, mehr Konferenzen. Kurzum: mehr Arbeit bei weniger Zeit. Fakt sei, sagt Möller, „wir sind am Limit“. Viele Kolleginnen und Kollegen verausgabten sich total.

Besonders prekär ist die Situation laut Ellenberger im Bezirk Koblenz.

In Schwerpunktschulen, so heißen die Schulen in Rheinland-Pfalz, die inklusiven Unterricht anbieten, fehlen Fachkräfte für sonderpädagogische Förderung. Für Kolleginnen und Kollegen bedeutet das: mehr Arbeit bei weniger Zeit.

Foto: imago

Unterrichten im Ausland

Sie haben das 1. und 2. Staatsexamen oder Sie sind im Landesschuldienst verbeamtet oder fest angestellt, sind aufgeschlossen und engagiert. Sie suchen eine neue Herausforderung? Dann brauchen wir Sie als

Lehrerin / Lehrer für einen Einsatz an Deutschen Auslandsschulen oder ausgewählten staatlichen ausländischen Schulen. Wir freuen uns auf Ihre Anfrage und informieren Sie gerne über die Rahmenbedingungen.

Weitere Informationen und die Bewerbungsunterlagen finden Sie unter:

www.auslandsschulwesen.de

Tel.: 022899 358-3666 • mailto: ZfA.Bewerbung@bva.bund.de

Bundesverwaltungsamt
– Zentralstelle für das Auslandsschulwesen –

ZfA
Deutsche Auslandsschularbeit International

LEIPZIGER MESSE

Frisches Wissen.

Willkommen zur Leipziger Buchmesse!
Es erwarten Sie rund 250 Fachveranstaltungen für Lehrer und Erzieher!

- Themenschwerpunkt „Politik und Medienbildung“ mit neuen Formaten für Kinder und Jugendliche – und neu, erstmals mit eigener Werkstatt für Schulklassen
- Digitales Lernlabor: neue didaktische Methoden für das Lernen der Zukunft
- Leipziger Lesekompass
- Fortbildungsveranstaltungen wie Deutscher Lehrertag, Symposium zur frühkindlichen Bildung, Musiklehrertag und Mathematiksymposium

www.leipziger-buchmesse.de/fokusbildung

Leipziger Buchmesse
Fokus Bildung
21.–24. März 2019

Grund sei, dass ein Studium für Lehramt auf Sonderpädagogik nur in Landau in der Pfalz möglich sei, also ganz im Süden. Die ländlichen Regionen im Norden stünden selten auf der Wunschliste junger Lehrkräfte. Zudem wechselten viele Absolventinnen und Absolventen in die benachbarten Bundesländer, so die Personalrätin. Ob Hessen, Nordrhein-Westfalen oder Saarland – „überall verdienen verbeamtete Lehrkräfte mehr“. Rheinland-Pfalz gehöre in der Besoldungstabelle zu den Schlusslichtern. Die Landesregierung hat deshalb beschlossen, ihren Beamtinnen und Beamten ab dem nächsten Jahr etwas mehr Geld zu zahlen. Damit will sie zumindest ins Mittelfeld aufrücken.

„Frust ist riesig“

GEW-Gewerkschaftssekretär Ingo Klein über den Personalmangel in rheinland-pfälzischen Kitas

Foto: GEW Rheinland-Pfalz

Ingo Klein

E&W: Wenn eine Kita in Rheinland-Pfalz eine Erzieherin oder einen Erzieher sucht: Aus wie vielen Bewerbungen kann sie auswählen?

Ingo Klein: Oft gibt es keine einzige Bewerbung. So gut wie alle Kitas haben offene Stellen, die sie nicht besetzen können. Die Erzieherinnen und Erzieher versuchen, die Personalnot aufzufangen, indem sie mehr arbeiten. Aber das funktioniert auf Dauer nicht. Dadurch steigt nur der Krankenstand. Außerdem ist es aus pädagogischer Sicht problematisch, wenn Erzieherinnen und Erzieher gestresst sind.

E&W: Warum findet sich nicht genug Personal? Ist die Bezahlung zu schlecht?

Klein: Bis auf ein paar kleine private Kitas zahlen inzwischen alle Einrichtungen in Rheinland-Pfalz nach Tarif. Dazu zwingt sie der Fachkräftemangel. Entscheidender sind die schlechten Arbeitsbedingungen. So lässt etwa die Fachkraft-Kind-Relation oft gar nicht zu, dass Erzieherinnen und Erzieher ihren Job so machen, wie sie es gelernt haben. Der Frust ist riesig.

E&W: Wozu führt das?

Klein: Wir erleben, dass immer mehr Erzieherinnen und Erzieher aus dem Beruf ausscheiden. Im Durchschnitt gehen sie vor ihrem 60. Lebensjahr vorzeitig in Ruhestand, weil sie krank sind. Doch wir verlieren auch ein Viertel der Berufsanfängerinnen und -anfänger in den ersten drei Jahren. Offenbar haben sich viele den Job anders vorgestellt – und wechseln lieber in einen anderen Beruf.

E&W: Wie viele Erzieherinnen und Erzieher fehlen in Rheinland-Pfalz?

Klein: Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung fehlen für eine kindgerechte Betreuung 2.500 Vollzeitstellen im Kindergarten. Hinzu kommen 2.000 Stellen in Krippen und weitere 1.000 Stellen, um die Leitungskräfte von anderen Arbeiten freizustellen. Der Schätzung zufolge müsste Rheinland-Pfalz pro Jahr 270 Millionen Euro zusätzlich in Personal für Kitas investieren. Die Landesregierung ist jedoch nur bereit, 62 Millionen zur Verfügung zu stellen.

E&W: Geplant ist ein neues Kita-Gesetz. Weckt der Entwurf die Aussicht auf Besserung?

Klein: Wir hatten gehofft, dass die Landesregierung damit etwas gegen den Fachkräftemangel unternehmen würde. Doch statt die Fachkraft-Kind-Relation zu verbessern, ist nur eine Verschiebung geplant. In Rheinland-Pfalz sind die Personalschlüssel in den Kitas extrem unterschiedlich, Grund dafür sind viele Kann-Regelungen. Mit dem geplanten Gesetz versucht die Landesregierung, die Bedingungen zu mitteln, sprich: Einrichtungen, die jetzt gut ausgestattet sind, haben es danach schlechter. Und wer jetzt schlecht dran ist, steht danach vielleicht etwas besser da, aber nicht gut. Deshalb haben wir eine Kampagne für mehr Personal in Kitas gestartet und Unterschriften gesammelt: mit sehr großer Resonanz.

Interview: Kathrin Hedtke,
freie Journalistin

„Augenwischerei“

Insgesamt, sagt Henning Henn, Sprecher des Bildungsministeriums, sei Rheinland-Pfalz nicht so stark vom Lehrkräftemangel betroffen wie andere Bundesländer. „Nur bei den Förderschullehrkräften merken wir, dass der bundesweite Trend auch vor uns nicht Halt macht.“ Zum Schuljahresbeginn seien 20 Stellen nicht besetzt worden. Für den zuständigen Bezirkspersonalrat ist diese Aussage nicht nachvollziehbar. Nach Auswertung aller Einstellungen von Förderschullehrkräften seien die Zahlen deutlich höher, sagt Wolsdorfer. Zudem gingen in den nächsten Jahren mehr Kolleginnen und Kollegen in Ruhestand als ausgebildet würden. Die Zahlen sagten auch nichts über die Qualifikation aus, fügt Ellenberger hinzu. Zwar seien die Stellen in der „Funktion von Förderschullehrkräften“ besetzt, häufig jedoch mit pädagogischen Fachkräften oder AQs. „Das ist Augenwischerei.“ Fest stehe: Die Zahl der Förderschullehrkräfte reiche jetzt schon nicht aus. Und jedes Jahr kämen neue Schwerpunktschulen dazu. Den Mangel einigermaßen gleichmäßig zu verteilen, so Wolsdorfer, „das funktioniert nicht mehr“.

Markt leergefegt

Auch an berufsbildenden Schulen seien immer mehr Aushilfskräfte im Einsatz, berichtet Wolfgang Butterbach, Mitglied der GEW-Fachgruppe Berufsbildende Schulen (BBS), „im ungünstigsten Fall ohne jegliche pädagogische Ausbildung“. Doch der Markt sei leergefegt. Vor allem in Bedarfsfächern wie Wirtschaft, Informatik, Elektrotechnik und Pflegewissenschaften gingen viele Nachwuchskräfte lieber in die freie Wirtschaft: „Da haben sie bessere Karrierechancen und verdienen mehr.“ Butterbachs Angaben zufolge bräuchte es landesweit etwa 200 bis 300 Stellen zusätzlich. Schon allein, um den Unterrichtsausfall zu reduzieren. Die Landesregierung habe sich zum Ziel gesetzt, dass der strukturelle Ausfall an den be-

Foto: imago

Personalnot auch an berufsbildenden Schulen: Viele Nachwuchskräfte gehen lieber in die Wirtschaft.

rufsbildenden Schulen unter 3 Prozent bleiben soll. „Doch das ist noch viel zu hoch“, betont Butterbach. Zumal es sich hier nur um einen Durchschnittswert handele und einige Schulen sehr viel stärker betroffen seien. Hinzu kämen kurzfristige Ausfälle, etwa durch Krankheit. Wenn bereits mit weniger Stellen geplant werde als benötigt würden, laufe etwas grundsätzlich schief, sagt der Personalrat. Die Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen schöben einen riesigen Berg Überstunden vor sich her. Zudem gingen in den nächsten fünf Jahren weit mehr als 1.000 Kolleginnen und Kollegen in Ruhestand. Deshalb stehe fest: „Der Bedarf wird noch stark steigen.“

Kathrin Hedtke,
freie Journalistin

***Name geändert**

Rheinland-Pfalz in Zahlen

- An den gut 1.500 allgemeinbildenden Schulen wurden zum Start des neuen Schuljahrs knapp 410.000 Schülerinnen und Schüler gezählt, an berufsbildenden Schulen fast 120.000. Insgesamt waren dies rund 2.000 Schülerinnen und Schüler weniger als im Vorjahr.
- Im Schuljahr 2017/18 unterrichteten in Rheinland-Pfalz knapp 41.000 Lehrkräfte.
- Fast 20.300 Schülerinnen und Schüler hatten im Schuljahr 2017/18 einen festgestellten sonderpädagogischen Förderbedarf – ein Plus gegenüber dem Vorjahr von 360 Kindern und Jugendlichen.
- Ebenfalls im Schuljahr 2017/18 gab es 296 Schwerpunktschulen mit inklusivem Unterricht, davon 173 Grundschulen und 123 weiterführende Schulen – sieben mehr als im Jahr zuvor.

(Quelle: Bildungsministerium Rheinland-Pfalz)

STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

Masuren mit Rad und Schiff

Naturparadies Masurische Seenplatte

8-tägige Rad- und Schiffsreise – diverse Termine von Mai bis August 2019

ab € 895,-
p. P. in der Doppelkabine
EK-Zuschlag ab € 395,- p. P.

Dunkle Wälder, glitzernde Seen und die Zeugnisse einer mehr als 700-jährigen Geschichte begleiten Sie auf dieser Reise. Sie sehen Burgen, trutzige Wehrkirchen und einsame Bauernhöfe und radeln durch Naturreservate, in denen Biber und Störche heimisch sind. Während Sie Masuren per Rad erkunden erwartet Sie bereits die Besatzung der MS CLASSIC LADY. Von Ihrem Logenplatz an Bord erleben Sie die abendliche Stimmung der Seenlandschaft mit malerischen Sonnenuntergängen und funkelndem Sternenhimmel. Keine lästige Quartiersuche, kein tägliches Kofferpacken und tagsüber ein unbeschwertes Radeln ohne Gepäck, so wird das Naturparadies Masurische Seenplatte zu einem einmaligen Erlebnis.

Highlights
- Naturparadies Masuren
- Fahrt mit dem Stocherkahn
- Fünf-Seen-Route per Schiff

Das beinhaltet unsere Reise
- 7 x Übernachtung auf dem Schiff
- 7 x Halbpension
- 2 x Mittagessen auf dem Schiff
- Transfer Warschau - Schiff - Warschau
- deutschsprachige Reisebegleitung
- Eintritte und Besichtigungen: Wolfsschanze inkl. Führung, Festung Boyen, Heimatmuseum in Zondern, Schäferei, Tarpan-Station in Popielnen, Philipponen-Kloster
- Fähr- und Stocherkahnfahrt

Anreise nach Warschau per Zug oder Flug auf Anfrage

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0
Veranstalter: ts|medialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

Mehr Freiheit!

Foto: Christoph Boeckheler

„Der Raum ist der dritte Pädagoge“ – noch immer wird diese Erkenntnis zu wenig bei der Schularchitektur berücksichtigt. Dass es auch anders geht, zeigt die Theodor-Litt-Schule (TLS) im hessischen Gießen: Große, offene Räume, mobile Raumteiler, Einzel- und Gruppentische entsprechen neuen Lernkonzepten.

// Wie soll die berufsbildende Schule der Zukunft aussehen? Die GEW fordert, Leitlinien auszuarbeiten. Einige Schulen haben sich bereits auf den Weg gemacht. //

Frontalunterricht? Das war einmal. Heute gehe er von Tisch zu Tisch und helfe beim Aufgabenlösen. „Man lernt die Schüler besser kennen“, findet Berufsschullehrer Tobias Schmidt. Es entstünden auch „andere Gespräche“. Der 36-Jährige unterrichtet an einer Schule, die neue Lernkonzepte nutzt – und dazu die passende Architektur geschaffen hat: der Theodor-Litt-Schule (TLS) im hessischen Gießen, einer städtischen berufsbildenden Schule (BBS) vor allem für technische Fächer.

Besuch in den Elektrolaboren. Wo einst vier Klassenzimmer waren, befindet sich heute ein großer, offener Raum. Materialschränke, mobile Raumteiler, Einzeltische, mal zum Vierertisch zusammengeschoben, mal zum Sechsertisch. „Hier arbeiten die Schüler an ihren Lernaufgaben, jeder in seinem Tempo“, erklärt Schmidt. Bis zu 36 Schülerinnen und Schüler, verteilt auf sechs Lerngruppen, können den Raum gleichzeitig nutzen. Zwei Lehrkräfte stehen ihnen zur Seite.

Der 21-jährige Selami steckt gerade fest. „Ich verstehe nicht, wie die Schaltung aufgebaut ist“, seufzt der angehende Elektroniker für Gebäudetechnik. Lehrer Moritz Wissemann fragt nach: „Was macht denn dieses Bauteil?“, und erklärt dann: Das Bauteil unterbricht bei Überlastung den Stromkreis und sorgt dafür, dass der Motor abgeschaltet wird. „Ihr habt noch 30 Minuten“, informiert Wissemann die Lerngruppe.

An der TLS lernen 2.380 junge Menschen, davon 1.700 in Teilzeit. Die Schule wurde in den 1960er-Jahren erbaut. 2008 begannen Sanierung und Umbau des Hauptgebäudes – für 19 Millionen Euro – „bei laufendem Betrieb“, erinnert sich Schulleiter Michael Brumhard. Seit 2016 werden die neuen Räume genutzt. Die TLS habe sich grundlegend gewandelt, „von der hässlichen Schule zum modernen Berufsschulzentrum“, so Brumhard. Neben herkömmlichen Klassenzimmern gibt es offene Lernbereiche, ein Selbstlernzentrum, ein ge-

räumiges Lehrerzimmer samt Küchenzeile sowie Aufenthaltsbereiche. „Wir wollten eine Atmosphäre herstellen, in der sich Schüler und Lehrer wohlfühlen“, fasst der Schulleiter zusammen.

„Pädagogische Wandlungen“

Schulen erlebten „pädagogische Wandlungsprozesse“, daraus folgten „neue und erweiterte Ansprüche an Schulgebäude und Raumstrukturen“. Das betont Dieter Staudt, ehemaliger Schulleiter, Architekt und Mitglied der Fachgruppe Berufliche Schulen der GEW Hessen. Doch wie sollen Architektur und Raumgestaltung aussehen? In einer Ideenskizze für die GEW verweist Staudt auf die „Leitlinien für leistungsfähige Schulbauten in Deutschland“* von 2013, erstellt von den Montag-Stiftungen, dem Bund Deutscher Architekten und dem Verband Bildung und Erziehung.

Einige der hier aufgelisteten Empfehlungen ließen sich zwar auf berufsbildende Schulen übertragen, so Staudt. Doch gebe es für BBS „spezifische Anforderungen“. Dazu zähle der „hohe Anteil an berufsbezogenem Unterricht“, der auch in Werkstätten, Fachräumen und Laboren stattfindet. Das werfe Fragen auf:

- Soll das Fachraumkonzept Theorie und Praxis integrieren oder räumlich voneinander trennen?
- Können Bereiche von mehreren Berufsfeldern gemeinsam genutzt werden?

Zudem gebe es an den BBS viele Schulformen mit jeweils eigenen Zielen, Abschlüssen und Klassengrößen – von der Berufsvorbereitung bis zum Beruflichen Gymnasium. „Die Altersspanne der Schülerinnen und Schüler erstreckt sich von 15 bis etwa 40 Jahren“, so Staudt. Auch daraus folgten Fragen:

- Können Lernräume von mehreren Schulformen genutzt werden?
- Hat die enorme Altersspreizung Auswirkungen auf Raumbedarf und Einrichtung?
- Lassen sich Räume mit teuren Einrichtungen auch von außerschulischen Institutionen nutzen?

Ansgar Klinger, im Vorstand der GEW für berufliche Bildung verantwortlich, sieht die Notwendigkeit, Leilinien speziell für BBS voranzutreiben. „Wir brauchen einheitliche, berufspädagogisch durchdachte Vorgaben, damit nicht jede Kommune das Rad beim Um- oder Neubau einer berufsbildenden Schule neu erfinden muss“, betont Klinger. Vorsichtige Zustimmung kommt von den Verbänden, die Schulträger – also Städte und Kreise – vertreten. Leitlinien für BBS seien zwar „sinnvoll“, meint Jörg Freese vom Deutschen Landkreistag. Allerdings dürfe es sich lediglich um „Empfehlungen“ handeln, nicht um verbindliche Standards. Viele Städte hätten „keine fertigen Konzepte in der Schublade“, erklärt Klaus Hebborn, Beigeordneter des Deutschen Städtetags (DST). Auch etliche Bundesländer besäßen keine oder veraltete Richtlinien für den Bau von allgemein- und berufsbildenden Schulen. Der DST habe der Kultusministerkonferenz deshalb vorgeschlagen, ein gemeinsames Projekt „Zukunft des Schulbaus“ zu realisieren.

An der Theodor-Litt-Schule stößt die offene Raumgestaltung nicht nur auf Zustimmung. Beispiel Elektrolabore: „Das find‘ ich scheiße, wenn gleichzeitig eine andere Klasse da ist“, sagt Fabian. „Dann hört man das und kann sich nicht konzentrieren.“ Einen Vorteil sieht er allerdings darin, „dass man die Tische so stellen kann, wie man will“. Auch sei der Raum nun „freundlicher, moderner“.

Hauptgebäude, zweites Obergeschoss. Auf dem Stundenplan der beiden Lerngruppen der Berufsvorbereitung steht „Verbindliche Lernzeit“, betreut von zwei Pädagogen. Die Schülerinnen und Schüler entscheiden selbst: Mache ich Mathe? Oder Englisch? Oder recherchiere ich im Internet, welcher Beruf zu mir passt? Diese Freiheiten zu nutzen, „daran müssen sie sich peu à peu herantasten“, erklärt Heidrun Ortwein-Ruhl, Lehrerin für Englisch und Politik/Wirtschaft. Am Ende wüssten die jungen Leute selbst, „was sie brauchen, um zum Schulabschluss zu kommen“, sagt die 62-Jährige. „Wir sind dann nur noch Moderatoren, leisten Hilfestellung.“ Für Lehrkräfte sei das „ein entspanntes Arbeiten“. Nicht alle sehen das so. „Dieses Konzept weicht Hierarchien auf“, gibt Schulleiter Brumhard zu bedenken. Manche Kolleginnen und Kollegen hätten Probleme mit dem Rollenwechsel. Folge, so Brumhard: „Die offenen Lernzentren werden noch nicht so bespielt, wie wir das erwartet haben.“

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

*bit.ly/leitlinien-schulbau-pdf

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
Vorteilszins für den öffent. Dienst
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig
2,50% echter Vorteilszins ********** effektiver Jahreszins
Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484.- €
Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.
SUPERCHANCE um teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.
Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen
Exklusivzins sehr gut
AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel: (0621) 178180-0
info@ak-finanz.de
www.AK-Finanz.de

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800 - 8664422
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
NÜRNBERGER VERSICHERUNG
Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Klaus Wendholt
Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken

Ausbilden!

// Die beruflichen Schulen trifft der Lehrkräftemangel schon heute hart. Bereits seit Jahren sind sie in erheblichem Maß auf Quer- und Seiteneinsteiger angewiesen. Die Situation wird sich bis 2030 weiter verschärfen, wenn nicht gegengesteuert wird, zeigt eine Prognose der GEW. //

Die Forderungen der GEW an die Länder liegen auf dem Tisch: Studienkapazitäten an den Hochschulen für das Lehramt an beruflichen Schulen müssen schnell ausgeweitet werden – schließlich dauert die komplette Ausbildung einer Lehrkraft rund sieben Jahre. Außerdem dringend notwendig: die Wiedereinrichtung von Lehrstühlen in der Berufs- und Wirtschaftspädagogik wie auch der Didaktik der beruflichen Fächer, Unterstützung durch die „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ von Bund und Ländern sowie länderübergreifende Ausbildungskonzepte – statt gegenseitiger Abwerbung ausgebildeter Lehrkräfte, erläutert Ansgar Klinger, im GEW-Vorstand für berufliche Bildung verantwortlich. Viel zu lange wurden die Kapazitäten der Lehrkräfteausbildung an den Universitäten als „Steinbruch“ für den Ausbau anderer Studienfächer genutzt.

Bereits im Frühjahr 2018 hatte die GEW mit einem Gutachten des Bildungsforschers Dieter Dohmen aufgezeigt, dass gegenüber älteren Prognosen der Kultusministerkonferenz (KMK) die Zahl der Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen langfristig auf dem hohen Niveau von rund 2,5 Millionen bleiben wird; es ist sogar mit einem Anstieg zu rechnen. Angesichts des Lehrkräftemangels auch in anderen Schulformen korrigierte die KMK daraufhin im Mai ihre Prognosen, die zuvor noch in nahezu allen Schulformen von rückläufigen Schülerzahlen ausgingen.

Der Bildungsforscher Klaus Klemm verwies im Oktober in einem Gutachten für die Bertelsmann Stiftung darauf, dass bis zum Jahr 2030 fast die Hälfte der rund 125.000 Berufsschullehrerinnen und -lehrer in den Ruhestand gehen wird. Allein bis 2020 benötigten die beruflichen Schulen jährlich durchschnittlich 4.000 Neueinstellungen – ausgebildet würden derzeit aber nur rund 2.000 Nachwuchskräfte pro Jahr. Der Mangel werde sich bis 2030 und darüber hinaus noch verschärfen – dann sind über 6.000 Neueinstellungen jährlich nötig.

Besonderer Mangel im Osten

Die Bildungsforscher Dohmen und Maren Thomsen vom Berliner Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FIBS) legten jetzt im Auftrag der GEW eine weitere Lehrkräftebedarfsprognose für die beruflichen Schulen* vor, die die künftigen Einstellungsbedarfe für jedes der 16 Bundesländer aufzeigt. Danach wird sich vor allem in den östlichen Ländern der Lehrkräftemangel besonders zuspitzen. Laut Prognose ist dort im Schuljahr 2030/31 im Vergleich zu 2016/2017 mit einem Plus von insgesamt etwa 108.700 Schülerin-

An Berufsschulen fehlen viele Pädagoginnen und Pädagogen. Nach einer aktuellen GEW-Studie wird sich der Lehrkräftemangel vor allem in den neuen Bundesländern zuspitzen.

Foto: dpa

nen und Schülern zu rechnen, ein Anstieg von einem Viertel gegenüber der heutigen Schülerzahl. In den westlichen Bundesländern sei hingegen zunächst mit einem leichten Rückgang in der relevanten Schüler-Altersgruppe zu rechnen – gegen Ende des Prognosezeitraums dann aber wieder mit einem Zuwachs. Unter dem Strich erwarten Dohmen und Thomsen bundesweit einen Anstieg der Schülerzahlen an berufsbildenden Schulen um etwa 3 Prozent, von 2,515 Millionen (2016/2017) auf 2,587 Millionen (2030/2031). Die KMK geht hingegen weiterhin von einem Rückgang aus – und zwar auf 2,35 Millionen (2030/2031). Dies entspricht einer Differenz zwischen beiden Prognosen von annähernd 240.000 Schülerinnen und Schülern.

Dohmen und Thomsen berücksichtigten bei ihrer Prognose auch den seit 2012 zu beobachtenden Geburtenanstieg, die hohen Zuwanderungszahlen – nicht nur von Geflüchteten, sondern in vergleichbarer Größenordnung auch durch Fachkräfte und deren Familien aus dem Raum der Europäischen Union, sowie einen Trend zu vollzeitschulischer Ausbildung. Langfristig gehen die Forscher zudem von einem Rückgang der Zahl junger Menschen im Übergangssystem aus – bei gleichzeitigem Anstieg in der regulären beruflichen Ausbildung. Aktuell nimmt allerdings die Zahl der Jugendlichen im Übergangssystem wegen der hohen Geflüchtetenzahlen nach Jahren des Rückgangs wieder zu.

Betrachtet man lediglich die KMK-Lehrkräftebedarfsprognose, so ergibt sich an den berufsbildenden Schulen bis 2030 ein Einstellungsbedarf von 46.650 neuen Lehrerinnen und Lehrern. Diesem Bedarf steht ein Nachwuchs-Angebot von 37.980 Pädagoginnen und Pädagogen gegenüber: ein Minus von 8.670 Lehrkräften. Das heißt: Selbst nach der KMK-Prognose wird sich ohne massives Gegensteuern knapp jede fünfte Stelle nicht besetzen lassen. Dohmen und Thomsen prognostizieren in ihrer Studie dagegen fast überall steigende Schülerzahlen an berufsbildenden Schulen, daher sei davon auszugehen, „dass die Lehrkräftelücke deutlich größer sein dürfte, als sich aus den KMK-Zahlen ergibt“.

Beruf attraktiv machen

GEW-Berufsbildungsexperte Klinger fordert die Länder auf, den Beruf sowohl für Studienbewerber wie auch die bereits an Berufsschulen arbeitenden Lehrkräfte wieder attraktiv zu gestalten. „Ohne Zweifel haben unter anderem die verpflichtende Verlängerung der Wochen- und Lebensarbeitszeit sowie die stetige Leistungsverdichtung der vergangenen Jahrzehnte die Attraktivität des Berufs deutlich vermindert.“

Auch wenn zur Bedarfsdeckung die originäre Lehramtsausbildung Priorität haben sollte, so werde es weiterhin ohne Quer- und Seiteneinsteiger nicht gehen, so Klinger. Laut Bildungsforscher Klemm hat schon heute an den Berufsschulen rund ein Drittel der Lehrkräfte keine volle Lehramtsausbildung. Der Quereinstieg ist der Einstieg mit einem fach-, aber nicht lehramtsbezogenen Studienabschluss direkt in den Vorbereitungsdienst. Dagegen ist der Seiteneinstieg ein Direkteinstieg in den Beruf ohne jeden lehramtsbezogenen Abschluss. Auch ein abgeschlossenes Hochschulstudium ist nicht zwingend vorgeschrieben. Insbesondere für die Seiteneinsteiger müssten die Länder Mindeststandards definieren, sagt Klinger. Dazu gehörten Unterstützungs- wie Begleitsysteme, ebenso Fortbildungen. Gleichzeitig müssten aber auch Kolleginnen und Kollegen, die Quer- und Seiteneinsteiger ausbilden und betreuen, entsprechend entlastet werden. Klinger: „Nur so kann die Qualität des Unterrichts gesichert werden.“

Karl-Heinz Reith,
freier Journalist

*www.gew.de/prognose2030-pdf

"Den Menschen im Blick"

Geprägt von dieser Philosophie erbringen wir seit über 20 Jahren eine medizinische Versorgung auf höchstem Niveau in den Bereichen Psychosomatik, Psychotherapie und Naturheilverfahren.

Die in traumhafter Landschaft des Allgäus und in unmittelbarer Nähe zum Bodensee gelegene Privatklinik mit ausschließlich Einzelzimmern ist eine Klinik zum Wohlfühlen.

Das Konzept unserer Klinik soll sowohl naturwissenschaftlich-schulmedizinischen als auch psychosomatischen Ansprüchen gerecht werden und ist u. a. ideal geeignet zur Behandlung von Burn-out, Angsterkrankungen und Depressionen.

Ein Aufenthalt dauert in der Regel 4-6 Wochen, integriert verschiedene psychotherapeutische Behandlungsmethoden und ist dem Grunde nach beihilfefähig.

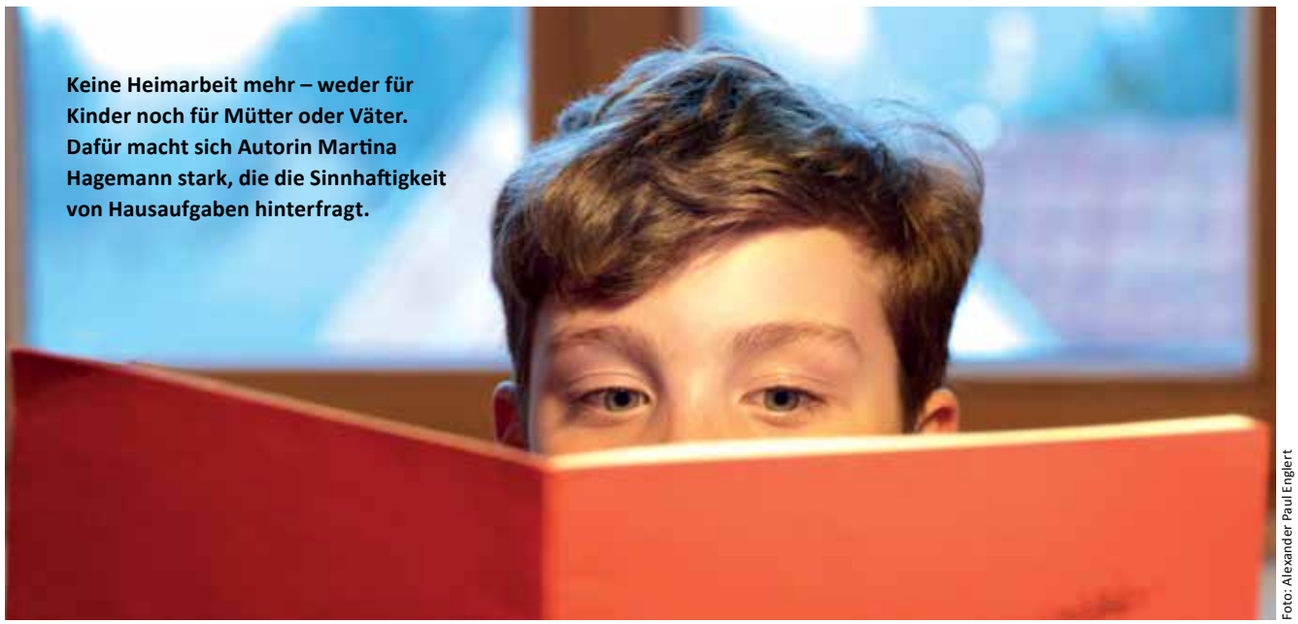
Bei Fragen zu einem Aufenthalt hilft Ihnen unser Patientenservice gerne weiter.

Panorama Fachklinik Scheidegg
Privatklinik Hubertus
Psychosomatik. Psychotherapie. Naturheilverfahren.
www.panorama-privatklinik.de * 0800 / 7 234 005

PANORAMA KLINIKEN SCHEIDEGG / ALLGÄU

KONGRESS
VOM 6. BIS 9. FEBRUAR
IN FÜRSTENFELDBRUCK/MÜNCHEN
LEBEN MIT CP
WWW.FOCUS-REHAKIND2019.DE
Alltag ...
Inklusion ...
Hilfsmittel ...

„Ach, das mach ich



Keine Heimarbeit mehr – weder für Kinder noch für Mütter oder Väter. Dafür macht sich Autorin Martina Hagemann stark, die die Sinnhaftigkeit von Hausaufgaben hinterfragt.

Foto: Alexander Paul Englert

// Wer erledigt eigentlich die Hausaufgaben? Die Schülerinnen und Schüler? Oder deren Eltern? Weil eine Gymnasiallehrerin zunehmend Zweifel an Sinn und Zweck der Heimarbeit und ihren Kontrollen bekam, schaffte sie diese ab. Und alle profitieren. Ein Plädoyer. //

„Jannes und ich haben im Bioreferat eine 1 bekommen“, berichtete meine Schwester mir stolz. Wahrlich ein Grund zur Freude, wenn meine Schwester nicht schon vor über 25 Jahren erfolgreich ihr Abitur bestanden hätte und die Mutter von Jannes wäre. Und das war bei weitem nicht das einzige Mal, dass sie meinem Patenkind bei den Hausaufgaben „half“. Ein anderes Mal erlebte ich, wie sie ganz selbstverständlich für Jannes Pflanzen sammelte („Er hat einfach keine Lust dazu, aber soll es in zwei Wochen abgeben“), diese in Bücher presste („Ach, das mach ich nebenher beim Kochen, kein Problem“) und anschließend ordentlich beschriftet in ein Buch klebte („Er weiß ja gar nicht, wie die Pflanzen alle heißen und ehe ich ihm das alles erklärt habe ...“). Ich glaube, auch dafür erzielte mein Patenkind – oder doch eher meine Schwester? – eine sehr gute Note. Und diese beiden Beispiele waren keine Ausnahmen in Jannes’ Schulkarriere. Meine nicht berufstätige Schwester setzte ihre Co-Schüler-Karriere bei Kind 2 fort und begann mit diesem auch das Erlernen einer neuen Fremdsprache („Ich hatte das ja in der Schule nicht, und wenn ich es jetzt mitlerne, kann ich ihm viel besser bei den Hausaufgaben helfen“).

Hausfriedensbruch?

Regelmäßig verfälschte meine Schwester nun die Hausaufgaben ihrer beiden Söhne, und als Lehrerin an einem Gymnasium konnte ich darüber nur den Kopf schütteln. Hausaufgaben, so lernte ich im Referendariat, sollen der Übung, Anwendung und Vertiefung des Stoffes dienen, und zwar beim Schüler, nicht bei den Eltern. Bislang war ich davon ausgegangen, dass die Eltern meiner Schülerinnen und Schüler nur gelegentlich mal einen Blick auf die Hausaufgaben warfen. Aber so langsam dämmerte mir, dass ich bestimmt schon häufiger die Leistungen der Eltern, der großen Schwester oder vermutlich am häufigsten des Sitznachbarn im Bus korrigiert und benotet hatte. Und mir drängte sich immer mehr die Frage auf: Müssen Hausaufgaben sein? Helfe ich damit wirklich den Schülerinnen und Schülern beim Lernprozess? Oder sorge ich nur für schlechte Stimmung am Familientisch („Was, du hast die Hausaufgaben in Mathe noch nicht fertig? Dann kannst du dein Fußballtraining heute aber vergessen“) und für getrübte Urlaubsstimmung („Ich muss in den Ferien noch das Referat vorbereiten, das soll ich gleich am ersten Schultag halten“)? Betrieb ich jahrelang Hausfriedensbruch?

Ich hinterfragte die Hausaufgaben, die ich so regelmäßig und jahrelang unbedacht meinen Schülerinnen und Schülern mit auf den Heimweg gegeben hatte. Was davon hat sie tatsächlich weiter gebracht, und welche Hausaufgaben hatte ich nur um ihrer selbst willen – die Kinder sollen schließlich zu Hause üben und was für die Schule machen – gegeben? Den entscheidenden Ausschlag bei der Überarbeitung meiner Aufgabenstellung brachte die Um-

nebenher …“

stellung meines Bundeslandes auf das sogenannte G8. Ich übernahm eine der ersten 5. Klassen, die nach nur 12 Jahren Schulzeit, dafür aber mit komprimiertem Stoff und mehr Wochenstunden als ihre Mitschüler in den Jahrgängen zuvor, das Abitur erreichen sollten, als Klassenlehrerin. Und spätestens auf dem ersten Elternabend wurde klar: Die Situation wird für Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern nur dann einigermaßen entspannt, wenn die Zahl der Hausaufgaben deutlich reduziert wird. In meinem „Nebenfach“ Biologie fiel es mir nicht schwer, keine Hausaufgaben aufzugeben – außer mal das Lernen für einen Test. In Mathe machte ich mir mehr Sorgen: Wie sollen die Schülerinnen und Schüler genug Routine entwickeln und ausreichend üben?

Hin zur Freiwilligkeit

Mittlerweile bin ich entspannter geworden. Viele der von mir gestellten Aufgaben dienten eher als „Lückenfüller“ und waren zum Üben gar nicht mehr nötig. Die Zeit im Unterricht kann durchaus ausreichen, um zu üben. Hilfreich war die Einführung möglichst vieler Doppelstunden statt der bisher üblichen Einzelstunden an meiner Schule. Die 90 Minuten boten plötzlich genug Zeit, ein Thema sowohl zu erarbeiten als auch das neue Wissen anzuwenden. Die Hilfestellung beim Üben musste nun nicht mehr von den Eltern kommen, sondern wird von der Person geliefert, die dafür ausgebildet ist: der Lehrerin. Im Gegenzug erhalte ich dafür unverfälschte Ergebnisse, die wirklich von meinen Schülerinnen und Schülern stammen. Und wer nicht alle Aufgaben geschafft hat, darf diese natürlich freiwillig noch zu Hause fertigstellen und mir auch jederzeit zur Kontrolle abgeben (ohne Note!).

Unverhofft ergab sich bei dieser Änderung der Hausaufgabenkultur noch ein positiver Nebeneffekt. Die Stunden beginnen deutlich entspannter, wenn nicht gleich in der ersten Minute all jene am Lehrertisch stehen, die die Hausaufgaben nicht dabeihaben. Ich muss nicht mehr überlegen, ob ich Fritz glauben soll („Paul kann das bezeugen, er war gestern bei mir zu Besuch, und wir haben das zusammen gemacht“) und mir hinterher von Janina anhören, wie ungerecht es sei, dass sie einen Strich für fehlende Aufgaben bekommt, Fritz aber nicht. Außerdem entfällt die lästige und zeitaufwändige Buchführung über die nicht gemachten Hausaufgaben, das Überprüfen, ob sie nachgemacht wurden, das Kontrollieren der elterlichen Unterschrift, die ja wissen sollen, dass ihr Kind wieder mal nicht gründlich gearbeitet hat … Dafür bekomme ich zehn wertvolle Unterrichtsminuten, in denen die Schülerinnen und Schüler allein, zu zweit oder in Gruppen eine Aufgabe rechnen können, die sie sonst zu Hause hätten machen müssen. Insgesamt profitiere ich also ebenso von weniger Hausaufgaben wie die Schüler und die Eltern.

Mein Patenkind hat übrigens mittlerweile das Abitur bestanden und da „eine Mutter“ nicht auf der Liste der zulässigen Hilfsmittel der Abiturklausuren stand, sogar ganz allein …

Martina Hagemann,
freie Autorin und Gymnasiallehrerin

Der Text wurde mit freundlicher Genehmigung aus dem Magazin „Schule“ (Ausgabe 4/2016) übernommen.

Erfolgsrezept mit positiven

// Sie kümmern sich um Schülerinnen und Schüler mit Bauchschmerzen oder Fieber, geben Tipps im Unterricht – und haben alles im Blick. Ein Modellprojekt in Hessen zeigt: Schulgesundheitsfachkräfte sind eine große Entlastung für Lehrkräfte. //

Ein Junge klagt in der Schule über Kopfschmerzen, ein Mädchen ist auf dem Pausenhof hingefallen und hat sich das Knie aufgeschlagen. Was tun? Die Eltern anrufen? Oder erst einmal abwarten? Für die Lehrkräfte an zehn Modellschulen im Rhein-Main-Gebiet stellt sich diese Frage nicht mehr. Sie können sich auf ihren Unterricht konzentrieren – und die Kinder ein paar Türen weiter zur Schulkrankenschwester schicken oder ganz offiziell: zur Schulgesundheitsfachkraft. „Jeder kann einfach vorbeikommen, wenn etwas ist“, sagt Karen Kreutz-Dombrofski von der Ernst-Reuter-Schule II in Frankfurt am Main. Die Pflegekraft desinfiziert Wunden, klebt Pflaster, misst Temperatur, hat immer kalte Eisbeutel und heißen Tee parat. Kurzum: Sie kümmert sich um alles, „was an einem langen Schultag so sein kann“. Für die Lehrkräfte der Modellschulen steht fest: „Das ist eine enorme Entlastung.“ Heide Krodel-Johne vom Frankfurter Gesamtpersonalrat, die das Projekt seit der Bewerbungsphase begleitet, ist von dem Konzept überzeugt: „Es gibt viele positive Rückmeldungen.“

Die Gesundheitsfachkräfte sind seit Mitte 2017 an zehn öffentlichen Schulen mit Ganztagsbetrieb in Frankfurt und Offenbach im Einsatz. Eigentlich sollte das Projekt nur bis Ende 2018 laufen. Doch das hessische Kultusministerium hat es „aufgrund des positiven Feedbacks“ um ein Jahr verlängert. Erklärtes Ziel: die Gesundheit der Schülerinnen und Schüler zu stärken, damit Fehlzeiten zu reduzieren und die Lehrkräfte zu entlasten.

Alle Hände voll zu tun

Die Pflegekräfte haben alle Hände voll zu tun. An der Ernst-Reuter-Schule II zum Beispiel lernen rund 1.200 Schülerinnen und Schüler, davon versorgt die Krankenschwester im Schnitt 30 am Tag. Egal ob Nasenbluten oder Erbrechen, „bei mir sind die Kinder erst einmal gut aufgehoben“, sagt Kreutz-Dombrofski, die vorher viele Jahre als Kinderkrankenschwester in Kliniken und Arztpraxen gearbeitet hat. Das nehme auch den Eltern etwas Druck. Wenn sie nicht sofort von der Arbeit weg könnten, sei das halb so schlimm. Die Kinder werden solange von der Fachkraft versorgt. Zudem kann diese einschätzen, ob das Kind zum Arzt muss oder nur etwas Ruhe benötigt.

Wobei sich bei einigen Schülern auch herausstelle, dass die Bauchschmerzen andere Ursachen haben, berichtet Kreutz-Dombrofski: zum Beispiel die Mathearbeit oder Kummer zu Hause. „Es ist wichtig, ins Gespräch zu kommen“, findet die Schulkrankenschwester. Personalrätin Krodel-Johne erklärt, dass Lehrkräfte kranke Schülerinnen und Schüler sonst einfach ins Sekretariat schicken müssten – und keinen weiteren Überblick hätten. „Jetzt sind die Dinge fest in der Hand einer Kollegin“, betont die GEW-Expertin. „Das ist sehr gut.“ Die Gesundheitsfachkräfte führen Buch, worüber die Kinder und Jugendlichen klagen – und wie oft. Wenn sich Beschwerden häufen, könne dies ein Hinweis auf psychische oder chronische Erkrankungen sein. „Die Pflegekräfte können früh eingreifen.“

Karen Kreutz-Dombrofski ist an der Ernst-Reuter-Schule II in Frankfurt am Main als Schulgesund nur Pflaster und hat immer kalte Eisbeutel parat. Sie kümmert sich auch sonst um alles, „was an

Und auch Schulschwänzen wird damit erschwert. Die Jugendlichen könnten sich nicht mehr einfach so im Sekretariat abmelden, betont Kreutz-Dombrofski: „Ich will schon etwas genauer wissen, was los ist.“ Sie geht auch mit in den Unterricht, gibt Tipps zu Gesundheit und Ernährung. Dabei habe sie gemerkt, wie viele Kinder über Kopf- und Bauchschmerzen klagen, berichtet die Krankenschwester. Deshalb klärt sie zum Beispiel die 5. Klassen darüber auf, wo mögliche Ursachen liegen, spricht mit ihnen über Stress, erstellt einen Plan – und fragt: Habt ihr genug Was-

Nebenwirkungen

ser getrunken? Wie lange wart ihr draußen? Wie viel habt ihr am Smartphone gedaddelt?
In anderen Ländern – etwa in Großbritannien, Finnland oder den USA – gehören „School Nurses“ schon lange zum Schulalltag. „Ich finde die Idee sehr sinnvoll“, betont Krodel-Johne. Vor allem mit Blick auf die Inklusion: Für Kinder mit chronischen Erkrankungen, mit Epilepsie oder körperlichen Behinderungen sei es wichtig, auch eine medizinische Fachkraft vor Ort zu haben. Zudem sei es für die Eltern gut, diese Sicherheit zu haben. Gesundheitsfachkräfte an Schulen förderten zudem die Chancengleichheit, fügt Kreutz-Dombrofski hinzu. „Das Angebot ist absolut niedrigschwellig. Das ist ein großer Vorteil.“ Jeder, der eine Beschwerde hat, kann einfach hingehen.
Vormittags kümmert sich die Krankenschwester vor allem um die Schülerinnen und Schüler, nachmittags – „wenn es etwas ruhiger wird“ – muss sie jeden Fall detailliert dokumentieren. Bevor die Pflegekräfte an den Schulen eingesetzt wurden, haben sie an einer zweimonatigen Vollzeit-Weiterbildung teilgenommen, die berufsbegleitend fortgeführt wird. Wichtig sei, dass die Pflegekräfte fest im Schulverband verankert sind, betont Krodel-Johne. Sie nehmen an Konferenzen teil, werden vom Personalrat vertreten. „Ich stehe in engem Austausch mit den Lehrkräften“, sagt Kreutz-Dombrofski. „Es ist klar, dass wir zusammenarbeiten.“
Das Modellprojekt wird in erster Linie von der AOK bezahlt, Träger ist die Hessische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e. V.*, fest angestellt sind die Pflegekräfte aber beim Land Hessen. „Das muss auch so bleiben“, betont GEW-Expertin Krodel-Johne.
Egal, wie die Finanzierung geregelt wird, sollte es ihrer Ansicht nach eine Fortsetzung des Projekts geben. Allerdings macht sich die GEW dafür stark, dass die Pflegekräfte künftig beim hessischen Sozialministerium angesiedelt werden – nicht beim Kultusministerium. Dafür sprächen einige inhaltliche Gründe. Etwa dürften die Gesundheitsfachkräfte keinen Unterricht erteilen, so die Gewerkschaft. Doch es gebe auch ganz praktische Bedenken. „Das Kultusministerium ist immer knapp bei Kasse“, sagt Krodel-Johne. „Wenn sie Gesundheitsfachkräfte einstellen, besteht die Gefahr, dass sie anderswo dafür kürzen“, also etwa auf die Einstellung von pädagogischem Personal verzichten. „Das darf nicht sein.“

Foto: Christoph Boeckheler

heitsfachkraft im Einsatz. Sie klebt nicht einem langen Schultag so sein kann“.

Kathrin Hedtke,
freie Journalistin

*bit.ly/schulpflegekraft

Hightech und Kräutergarten

// Für den Ideenwettbewerb „Schools of Tomorrow“ hat sich das Berliner Haus der Kulturen der Welt (HKW) in eine utopische Schule mit Forderungen und Visionen verwandelt – darunter Homeoffice-Tage und Hilfsroboter. //

Henrik Pätzold wünscht sich Unterricht „wie ein Computerspiel“. „Eine neue Lektion ist ein neues Level“, sagt der 14-jährige Schüler der Berliner Friedensburg-Oberschule. Sein Team erstellte mit 360-Grad-Kameras und einer Virtual-Reality-Software neue Lernumgebungen am PC – eine Dschungellandschaft, eine Unterwasserwelt, eine Raumstation. Der Unterricht kann dann via Smartphone-3D-Brille in den virtuellen Klassenraum verlegt werden. Henrik ist einer von rund 2.000 Schülerinnen und Schülern aus 200 Schulen, die am Ideenwettbewerb „Schools of Tomorrow“* sowie experimentellen Schulprojekten** teilgenommen haben. Beim „Testlauf für die Schule der Zukunft“ in Berlin wurden im Juni die Sieger des Wettbewerbs gekürt und ausgewählte Projekte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier präsentiert.

Ein Jahr lang erarbeiteten Schülerinnen und Schüler aller Klassenstufen mit Lehrkräften, Künstlerinnen und Künstlern sowie Fachleuten Konzepte. Darauf basierend entstand ein Stundenplan, auf dem auch Fächer wie Parkour und Yoga stehen. Im HKW präsentierten die Schulen unter anderem eine mobile Werkbank für Unterricht im Freien, einen Kräutergarten für die Schulküche und einen Instagram-Account: Unter dem Hashtag #instantdemocracy geht es hier um neue Kommunikationsformen und Mitbestimmung. „Künftig müssen alle von allen lernen, um voranzukommen“, sagt Medienpädagoge Robert Behrendt.

Foto: Nadine Emmerich

Wie soll die Schule von morgen aussehen? Dazu gab es den Ideenwettbewerb „Schools of Tomorrow“. Eins der prämierten Projekte: ein Kräutergarten für die Schulküche.

Das Digitale ist derweil längst nicht so dominant wie vielleicht erwartet. Statt Tablets und VR-Brillen wünschen sich viele Schülerinnen und Schüler, dass Kreativität mehr gefördert wird. Und: Sie wollen mit den Händen arbeiten. „Ich kann besser lernen, wenn ich bildlich sehe, was ich mache“, sagt Mailé Toussaint (16) aus der Berliner Sekundarschule Sophie Scholl.

Logik, Steuererklärung, Erste Hilfe

Einige Wünsche lassen schmunzeln: ein wöchentlicher Homeoffice-Tag, Roboter als Hilfskräfte oder Wellnessbereiche. Ein aus allen Ideen formuliertes Manifest zeigt indes, wie ernst es den jungen Menschen ist: „Wir fordern Respekt, keine Diskriminierung, weniger Leistungsdruck“, heißt es unter anderem. Mehr Bewegung und Sport, mehr Unterricht in der Natur, gesünderes Essen. Außerdem: neue Fächer wie Logik, Steuererklärung und Erste Hilfe.

Bundespräsident Steinmeier zeichnete vier Konzepte zur Schule der Zukunft aus: eine Collage der Theodor-Haubach-Grundschule, das Hightech-Schulgebäude des Gymnasiums Allermöhe (beide Hamburg) mit Holografie und weltweiten Livestreams, das selbstproduzierte Musikvideo „Ode an die Schule“ des Manfred-von-Ardenne-Gymnasiums (Berlin) und das Papierpuppentheaterstück „Kamishibai“ der Deutschen Schule Tokyo Yokohama.

Klar ist derweil: Auch die schlichtesten Forderungen des Wettbewerbs sind nicht ohne Geld zu machen. Steinmeier betonte: „Wir müssen mehr in die Schule von morgen investieren.“ Alle Verantwortlichen in Ländern und Kommunen sollten gemeinsam handeln. Die GEW sieht darüber hinaus auch den Bund in der Pflicht. Sie mahnt seit langem, viele Schulen seien von modernen Lernräumen weit entfernt. Jüngst machten etliche Landesverbände unter dem Motto „lerntRÄUME gestalten“ erneut darauf aufmerksam, dass für eine bessere bauliche und technische Ausstattung von Kitas, Schulen und Hochschulen mehr Geld notwendig sei.

Und wie geht es mit den Schulprojekten weiter? Noch ist die Antwort vage. „Etliche Schulen haben die Anregung aufgenommen, partizipative Zukunftswerkstätten durchzuführen“, erklärt das HKW. Einige dächten über bauliche Veränderungen nach oder leiteten diese ein – etwa Rückzugslernräume. Andere planten, weiter mit Medienbildungsfachleuten zusammenzuarbeiten, um den kritischen Umgang mit digitalen Technologien zu fördern. Eine umfassende Dokumentation mit Handreichungen zu allen Projekten ist in Vorbereitung.

Nadine Emmerich,
freie Journalistin

***Ideenwettbewerb: bit.ly/2nEFREq**
****Schulprojekte: unsereschule.hkw.de**

Politikwissenschaftler Prof. Christoph Scherrer brachte das Thema Privatisierung und Bildung auf den Punkt: Die Hochschule stelle ihre Räume für die wissenschaftliche Veranstaltung mietfrei zur Verfügung. Wäre das möglich, wenn das Gebäude einem privaten Investor gehören würde?

Foto: dpa / Andreas Fischer

Ein anderes Europa ist möglich

// Das Netzwerk attac lud zum Europakongress nach Kassel. GEW-Vorsitzende Marlis Tepe sprach während der Tagung über Privatisierung in der Bildung. //

Der Politikwissenschaftler Prof. Christoph Scherrer brachte bereits auf dem Eröffnungspodium auf den Punkt, worum es beim Thema Privatisierung und Bildung geht: „Dieser Kongress ist eine wissenschaftliche Veranstaltung. Daher stellt die Universität ihre Räume mietfrei zur Verfügung“, so Scherrer. Wäre das möglich, fragte er weiter, wenn die Universität das Gebäude bei einem privaten Investor für hohe Gebühren mieten müsste?

Rund 650 Interessierte waren der Einladung des globalisierungskritischen Netzwerks attac und des Fachgebiets „Globalisierung und Politik“ – das Scherrer an der Universität Kassel leitet –, zu einem Europakongress im Vorfeld der EU-Parlamentswahlen 2019 gefolgt. Drei Tage wurde über eine breite Palette von Themen diskutiert: von der Demokratisierung und Reformierbarkeit der Europäischen Union (EU) über Klimagerechtigkeit, Flucht und Migration bis zu Militarisierung und Privatisierung. Neben zivilgesellschaftlichen Organisationen und Stiftungen waren IG Metall, ver.di und GEW Kooperationspartnerinnen.

Bildung und urbaner Raum

GEW-Vorsitzende Tepe saß mit einem Architekten auf dem Podium: David Bravo Bordas, in Barcelona tätiger Experte in Sachen öffentlicher städtischer Raum. Das Thema, das sie verband: „Privatisierung der Daseinsvorsorge“. Exemplarisch für Privatisierung von Bildung und Erziehung stellte Tepe fest, dass die Drittmittelfinanzierung in der wissenschaftlichen Forschung an den deutschen Hochschulen seit 1984 kontinuierlich an Bedeutung gewinne. Mehrere negative Effekte, erklärte Tepe, ließen sich dabei beobachten: Naturwissenschaften und die mathematisch-technischen Fachbereiche würden stärker gefördert als Geisteswissenschaften; befristete Stellen ersetzten unbefristete, folglich nehme die prekäre Beschäftigung zu. Außerdem komme die Lehramtsausbildung zu kurz, da sie für die private Finanzierung nicht interessant ist. Im Gegensatz zur grundgesetzlich verankerten Freiheit von Forschung und Lehre, betonte sie, würde wissenschaftliche Forschung für militärische Zwecke missbraucht. Dieser Entwicklung begegneten engagierte Universitäten zunehmend mit Zivilklauseln, in denen sie sich verpflichten, ausschließlich für zivile Zwecke zu forschen.

Die GEW-Vorsitzende machte auch auf den massiven Investitionsstau aufmerksam, für den die öffentliche Hand verantwortlich sei: Ganz oben, so Tepe, stünden die Schulen, für deren Sanierung 47 Milliarden Euro notwendig sind. Tepe warnte eindringlich vor den Gefahren öffentlich-privater Partnerschaften und wies auf die Übernahme ganzer Bildungssysteme durch IT-Konzerne in einigen afrikanischen Ländern hin.

Bordas machte deutlich, welche Rolle das Engagement der Kommunen im Kampf gegen die Gentrifizierung – Immobilienspekulation und Zwangsräumungen als Folge der Privatisierung im städtischen Wohnungsbau – spiele. Diese geht überall mit der Entstehung sogenannter Brennpunktschulen einher. Die GEW-Vorsitzende forderte in diesem Zusammenhang, Schulen nach einem Sozialindex auszustatten und in schwierigen Vierteln mehr Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter zu beschäftigen sowie die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte attraktiver zu gestalten.

Müssen wir Teil eines europäischen Kampfes sein, wenn wir gegen die Privatisierung der Daseinsvorsorge, gegen prekäre Arbeitsverhältnisse und die Vernichtung von bezahlbarem Wohnraum angehen wollen? Und wie soll dieser Kampf geführt werden? Auf einem kontroversen Abschlusspodium stellte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske klar: Wer ein anderes und friedliches Europa wolle, müsse gegen die Akteure in Berlin vorgehen – schließlich profitiere Deutschland am meisten von der neoliberalen Politik in der EU.

Dorothea Hennig,
freie Journalistin

Foto: Hotel an der Therme Bad Orb

MaiMeeting

Vom 30. Mai bis zum 2. Juni 2019 lädt der GEW-Hauptvorstand zum 20. MaiMeeting nach Bad Orb ein – zwischen Frankfurt und Fulda im Naturpark Spessart gelegen. Das MaiMeeting ist die zentrale Bildungsveranstaltung der GEW für alle Mitglieder, besonders für Funktionärinnen und Funktionäre. Der Austausch über Landesverbände, Berufsfelder und Organisationsbereiche hinweg wurde und wird von Teilnehmenden sehr geschätzt. Neben anspruchsvollen Workshops mit versierten Trainerinnen und Trainern sind kulturelle Highlights und politische Abendveranstaltungen im Angebot. Die „Jubiläumsausgabe" des jährlichen Treffens findet im Vier-Sterne-Hotel an der Therme Bad Orb statt. Der schöne Veranstaltungsort am Kurpark hat einen direkten Thermenzugang.
Sechs Workshops stehen auf dem Programm:

- In Bewegung kommen – ein Workshop mit Theatermethoden Augusto Boals
- Bildung in der digitalen Welt
- Das Ende der Demokratie, wie wir sie kannten – der notwendige Wandel von Beteiligungskulturen und Solidarität
- Social Media und digitale Tools einfach nutzen
- Der Bildungsgewerkschaft ein Gesicht geben – den Nutzen der GEW erklären
- Zusammenkünfte und Treffen erfolgreich planen und leiten

Die GEW freut sich auf zahlreiche Anmeldungen!

Informationen und Anmeldungen unter:
www.gew.de/maimeeting.
Anmeldeschluss: 28. Februar 2019
Kontakt:
Nicole Lund, GEW-Hauptvorstand
Reifenberger Straße 21,
60489 Frankfurt/Main
Tel. 069/78973-209
Fax: 069/78973-102
E-Mail: nicole.lund@gew.de

„Fehlverhalten"

(E&W 9/2018, Seite 6 ff.: Schwerpunktthema „Rassismus im Alltag")

Die vorgestellten Rassismen sind leider immer noch an der Tagesordnung. Nicht d'accord bin ich mit den Einlassungen zum Fall Mesut Özil: Recep Tayyip Erdoğans Strategen wollten Fotos, die den türkischen Diktator mit den deutschen Fußball-Nationalspielern Özil und Ilkay Gündogan zeigen – Emre Can verweigerte sich, Chapeau. Die Bilder sollten in seinem Wahlkampf verwendet werden, wohl wissend, dass die Empörung in Deutschland groß sein würde, während ihm die Zustimmung unentschlossener Türken bei der Wahl zum Staatsoberhaupt zugute käme.

Als eine legitime öffentliche Debatte losbrach, rang sich Gündogan immerhin einige Worte ab, Özil schwieg. Hier steht also kein Akt der Fremdenfeindlichkeit am Anfang, sondern ein Fehlverhalten Özils durch beredtes Schweigen. Und das hatten weder die irritierte Öffentlichkeit noch der Deutsche Fußballbund (DFB) zu verantworten.
Unter Integration versteht der Duden „Eingliederung". Dazu gehört aber auch, dazugehören zu wollen. Rosinenpickerei geht nicht!
Özil taugte noch nie zum Posterboy der Integration, zumal er seit sechs Jahren im europäischen Ausland lebt und dort zum Multimillionär aufstieg.
Er weiß genau, dass Erdogan rund 100.000 Staatsdiener, Journalisten, Politiker, Gewerkschafter, Künstler etc., ja viele, die es wagten, ihn zu kritisieren, ins Gefängnis werfen ließ. Noch 2017 sprach er von der Wiedereinführung der Todesstrafe wie der Scharia als Gesetzesbuch!
Özil gibt den schweigenden Mitläufer und stilisiert sich als Opfer. Es ist einfacher, das Bild vom „bösen Deutschen" aufrecht zu halten. Damit gibt man die eigene Verantwortung ab und versteckt sich hinter dem Opfermythos. Der Fußballprofi verabschiedete sich aus der Nationalmannschaft über einen Anwalt in englischer Sprache mit Attacken gegen den DFB. Daraufhin twitterte der türkische Justizminister, das sei das schönste Tor gegen den Faschismus.
Ulrich Bald, Hagen

Bitte deutsch sprechen

(E&W 9/2018, Seite 12 f.: „Du gehörst nicht dazu")

Prof. Karim Fereidooni äußert sich über zwei Kollegen mit Migrationshintergrund, die sich im Lehrerzimmer in ihrer Muttersprache unterhalten haben, was deutschstämmige Kollegen beanstandeten. Nach Meinung des Autors – wenn ich diese richtig deute – handele es sich dabei um die Anfänge von Rassismus. Dabei ist völlig egal, worüber sie sich unterhalten – tun sie das in welcher ausländischen Sprache auch immer in einem Lehrerzimmer, so schließen sie damit Kollegen von diesem Gespräch aus. Und die fühlen sich – meiner Meinung nach – zu Recht ausgeschlossen.
Ein ähnliches Beispiel: Es ist mindestens 15 Jahre her, da unterrichtete ich im Rahmen von Förderunterricht rein musli-

>> Fortsetzung auf Seite 46

Dobelmühle

Ausbildung zum Hochseilgartentrainer im Hochseilgarten f.r.o.g.-Park
Teil 1: 29.03.-31.03.19
Teil 2: 30.05.-02.06.19

Mit der abgeschlossenen Ausbildung ist eine Trainertätigkeit im Hochseilgarten des Erlebniszentrums Dobelmühle möglich.
Infos & Anmeldung:
Jörg Wiedmayer
Tel. 07525/8188
info@dobelmuehle.de
www.dobelmuehle.de

Wandern ohne Gepäck
Individuelle Wanderreisen in ganz Europa.
www.eurohike.at

Erlebnisreisen mit dem Rad
Über 25 Jahre Erfahrung. Herrliche Touren, individuell oder geführt.
www.rueckenwind.de

RAD & SCHIFF
Mit dem schwimmenden Hotel radelnd unterwegs.
www.eurobike.at

www.schulorganisation.com
Dokumentation · Organisation Rechtssicherheit täglich

AGARIA TOURS
Fachveranstalter für Pragreisen

Entspannt auf Klassenfahrt!

das tschechische team

Info: 040/2809590 • nachprag@agaria.de • agaria.de

GR-Samos, Fam. Taleporou
verwöhnt Sie!
www.pension-ermioni-samos.de
Jetzt neu! Unser Haus in den Bergen
www.pension-ermioni-samos.de/agapi

Insel Rügen: Ferienwohnungen mit moderner Ausstattung in Putbus, für 2-4 Pers., mit Balkon, 2 Schlafzimmer, von privat, ruhig, sonnig, Natur pur, Tel. 038301 60289
www.alte-tischlerei-putbus.de

TOSCANA
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041
info@aglioni.it, **www.aglioni.it**

Klassenfahrten, Abi- & Studienreisen nach Berlin
www.berlinreisen.de

Klassenfahrten London
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
london@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Sylt
1 Woche + Frühstück & Leistungen ab € 249,- oder Appartement ab € 31,-.
Tel. 04651-31932
www.bahnsen-sylt.de
Uta Bahnsen, Boy-Nielsen-Str. 23, 25980 Sylt

Andalusien
Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung.
Für Wanderer ein Paradies.
T: 05171/16343 **www.la-ruca.de**

Klassenfahrten Versailles
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

EISKALTE ZEITEN FÜR WINTERSPECK!

Genug darüber geredet, mal wieder Sport zu machen.
Lass deinen Worten Taten folgen!

WIR SIND SPORTDEUTSCHLAND
DOSB

sportdeutschland.de

>> **Fortsetzung von Seite 44**

mische Gruppen der Klasse 5, die nicht am christlichen Religionsunterricht teilnahmen. Direkt in der ersten Stunde tuschelte ein Schüler mit seiner Nachbarin auf Türkisch. Ich mahnte – auch beim Stören des Unterrichts durch Tuscheln – den Gebrauch der deutschen Sprache an, weil ich ja sonst denken könne, dass der Betreffende sich negativ über mich äußere. Die Schülerin, zu der der Betreffende gesprochen hatte, lächelte mich geradezu dankbar an und sagte etwa Folgendes: „Er hat Sie nicht beleidigt, aber er hat mich eine dumme Kuh genannt.“ Daraufhin habe ich mal tüchtig mit dem Knaben geschimpft.

Fünf Jahre später fragte mich der mittlerweile Zehntklässler, ob ich mich erinnere, dass ich ihn mal „vor versammelter Mannschaft zur Schnecke gemacht“ hätte? Ich antwortete: „Ja, und?“ Er: „Nix und, das war okay.“ Nebenbei sei erwähnt, dass beide nach der Realschule ein Gymnasium besucht und dann noch ein Studium aufgenommen haben. Integration gelungen? Ich denke schon! So, jetzt habe ich mir mal richtig Luft gemacht – und wenn mich das schon zur Rassistin macht, dann verstehe ich die Welt nicht mehr!

Christel Grosse, Essen

Salat aus dem 3-D-Drucker?

(E&W 10/2018, Seite 22: „Es braucht ein durchgängiges Pflichtfach Informatik!“)

Als Lehrer aus einer längst vergangenen Schulmeisterzeit packt mich das Grausen: „Zugang zur informatischen Mündigkeit … von der 1. Klasse der Grundschule …“ Da stehen gebildete Damen und Herren eines Kollegiums in der Mensa ihrer Schule, vertieft in ihr Gespräch über die Zutaten zum Kartoffelsalat – 0101 oder 01010? „Und die Kartoffeln?“, frage ich. „Ah, einer von gestern!“ Ein junger Kollege führt mich an den Tisch, wo der 3-D-Drucker steht … .

Heinrich Benjes, Hellwege

Geschmacklos

(E&W 10/2018, Seite 56: „Diesmal“)

Seit 27 Jahren GEW-Mitglied und Empfänger der monatlichen Zeitschrift, muss ich mich heute kurz zu Wort melden. Ich lese bestimmt nicht jeden Beitrag, aber ich sehe mir immer den Cartoon an. Bis auf den letzten fand ich fast alle recht treffend. Dieses Mal glaube ich, kann man das Ganze nicht mehr als Satire abtun. Es ist einfach geschmacklos und spielt Kräften wie der AfD in die Hände. Sollte er allerdings bedeuten, dass Sachsen in den alten Bundesländern nicht willkommen sind, dann schicken sie mir bitte meine drei hochqualifizierten Söhne zurück.

Brigitte Kästner, Dresden

Mit dem Auto in die Schule

(E&W 11/2018, Seite 6 ff.: Schwerpunkt „Zu wenig in Bewegung“)

Es wäre schon ein Gewinn für alle Schülerinnen und Schüler, wenn sie sich selbstständig morgens in die Schule und nachmittags selbstständig von der Schule weg bewegten und nicht täglich von ihren Eltern mit dem Auto quasi bis ins Klassenzimmer gefahren würden.

Susanne Held, Berlin

Mehr Unterstützung für Sek I!

(E&W 11/2018, Seite 30 f.: „Schrittweise nach A13“)

Im Artikel von Winfried Dolderer „Schrittweise nach A13“ sagt Frauke Gützkow zu Recht, dass die politische Arbeit der GEW, A13 für die Kolleginnen und Kollegen der Grundschulen und im Sekundarstufenbereich I einzufordern, „vor Ort“ in den Landesverbänden passieren muss. Dabei werden auch speziell die Kolleginnen und Kollegen der Sekundarstufe I erwähnt.

In der Folge ist jedoch mehr nötig, als nur Lippenbekenntnisse abzulegen! Der GEW-Hauptvorstand muss die Landesverbände aktiv mit Materialien unterstützen, um die wichtige Kampagne „JA13!“ auch auf die Sekundarstufe auszuweiten. Darüber hinaus würden sich die Kolleginnen und Kollegen an den Sek-I-Schulen, die noch nach A12 bezahlt werden, nicht von der GEW im Stich gelassen fühlen.

So sollte zum Beispiel der gelungene Flyer „JA13! Es geht doch!“, der Positivbeispiele verschiedener Bundesländer zum Thema A13 für Grundschullehrkräfte aufzeigt, auch für die Sek I erstellt werden, um so die berechtigten Forderungen der Kolleginnen und Kollegen in der Sekundarstufe zu unterstützen! Wünschenswert wäre auch eine stärkere Präsenz der Sekundarstufenlehrkräfte in den Artikeln der E&W zum Thema A13 für alle.

Micha Tietz und Gerlinde Hess,
Bundesfachgruppenausschuss Hauptschulen
Hans-Jürgen Riegler, Sebastian Freudenberger und Marcus Görgen,
Bundesfachgruppenausschuss Realschulen

Noch größere Ungleichheit

In dem Beitrag „Schrittweise nach A13“ stimme ich der Feststellung, dass „ungleiche Bezahlung in mehrfacher Hinsicht mit dem Grundgesetz nicht vereinbar“ sei, völlig zu. Eine wesentlich größere Ungleichheit als die zwischen A12 und A13 ist dabei allerdings die Ungleichheit von Beamten- und Angestelltenbezahlung, hier insbesondere die zwischen A12 und E12 sowie zwischen A13 und E13.

Würden die mit A12 bezahlten Kolleginnen und Kollegen zufrieden sein, wenn sie von A12 nach E13 „hochgruppiert“ würden? Bald das Rentenalter erreichend, würde ich, derzeit nach E14 bezahlt, nur zu gern nach A12 wechseln.

Hans Crauel, Frankfurt

E&W-Briefkasten
Postanschrift der Redaktion:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.
E-Mail: katja.wenzel@gew.de
Die Redaktion bittet darum, die Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 2.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.

TimeTEX

So leben Lehrer/innen leichter

10,– € Gutschein
= 33 % Rabatt
Code: EW3559
Mindestbestellwert 30,– €
Gültig bis 31.03.2019
www.timetex.de/EW3559

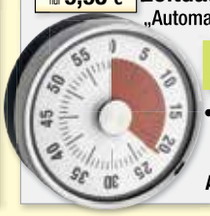
nur 5,95 €

Sanduhren-Set 5-tlg.
- Zeit sichtbar machen, 10 cm hoch
- je 1 x 30 Sek., 1, 3, 5 und 10 Min

Art. 62947-43

nur 9,95 €

Zeitdauer-Uhren
„Automatik“ Compact



funktioniert ohne Batterien
- mit Restzeit-Anzeige + Magnet

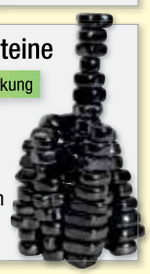
Art. 61970-43

Mobil-Sichtschutz
„Clausura“

ab 1,95 €
- kein Abschreiben mehr
- schnelles Aufstellen + Abräumen

Art. 70070-43

Magnetische Steine
extrastarke Magnetwirkung



nur 6,95 €
- geeignet z.B. für Stahlemaille-Tafeln
- 20 Stück

Art. 93276-43

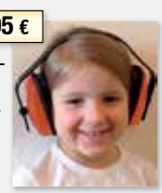
Stehsammler
„Fächerstar“ A4

- Unterlagen griffbereit und sortiert
- aus stabiler PP-Folie, 23 farb. Fächer

nur 14,90 €

Art. 10659-43

Gehörschutz für Kinder
„Auris“ nur 9,95 €



- für konzentriertes Arbeiten
- dämpft störende Geräusche (SNR 26 dB)

Art. 70055-43

Hänge-Orga-Tasche
A4 quer, 6 Taschen

nur 4,95 €
- übersichtlich + griffbereit aufbewahren
- für Arbeitsblätter + Infos

Art. 10662-43

Verhaltens-Ampel
- wirkt motivierend und spornt zur Verbesserung an

Art. 10836-43

nur 29,90 €

Magnet-Plättchen 10 x 10 mm

nur 3,95 € Gute Magnet-Haftung

- selbstklebend, 200 Stück
- zur Herstellung magnetischer Unterrichtshilfen

Art. 93290-43

Geschenk-Schatztruhe 60-tlg.
maximale Motivation

- gefüllt mit Geschenken
- Belohnung für gutes Betragen, tolle Leistung etc.

nur 9,95 €

Art. 62662-43

Flüster-Spielwürfel 10-tlg.
„Augen“
lautloses Würfeln

nur 3,95 €
- aus festem Schaumstoff, 17 mm

Art. 93600-43

Taschen und Trolleys
TOP Preis, TOP Qualität

ab 69,90 €
- große Auswahl
- hochwertige Materialien
- robust, mit viel Platz

Preise per 01/2019 inkl. MwSt., zzgl. Versandpauschale 3,95 EUR, Planer + Hefte 2,50 EUR – bei Schulplanern ab 10 Stück portofrei.

-43 · 01/2019 · ©TimeTEX HERMEDIA Verlag GmbH, Ländenstraße 10, 93339 Riedenburg

www.timetex.de • TimeTEX HERMEDIA Verlag GmbH • Tel. 09442 92209-0 · Fax -66

Weiterbildungsprogramm Inklusive Bildung

Berufsbegleitend, flexibel in Zeit- und Lernformen, Verknüpfung mit Ihrer Praxis, intensive Beratung und Lernbegleitung.
Abschlüsse: „Certificate of Advanced Studies (CAS)“ oder „Master of Arts“

1. Modul: Theoretische Grundlagen inklusiver Pädagogik
2. Modul: Professionalität in der inklusiven Pädagogik
3. Modul: Wandel zur inklusiven Bildungseinrichtung

Einzelne Veranstaltungen/Module können ab Januar 2019 belegt werden.
Weitere Informationen: www.uni-hildesheim.de/weiterbildungsprogramm-inklusive-bildung
oder nehmen Sie direkt mit uns Kontakt auf unter der E-Mail: maipk@uni-hildesheim.de

Stiftung Universität Hildesheim 2003

VON SIEGFRIED BESIEGT,
VON UNS GERETTET.

Drachenbrunnen auf dem Drachenfels in Königswinter. Mehr über die Geschichte dieses Denkmals: dieganzegeschichte.de

Eines von vielen tausend geförderten Denkmalen.

Wir erhalten Einzigartiges.
Mit Ihrer Hilfe!

Spendenkonto
IBAN: DE71 500 400 500 400 500 400
BIC: COBA DE FF XXX, Commerzbank AG
www.denkmalschutz.de

DEUTSCHE STIFTUNG DENKMALSCHUTZ

Wir bauen auf Kultur.

Seit 1966

Friesland Charter

Gruppenfahrten auf traditionellen Segelschiffen
Auf IJsselmeer und Binnengewässer
8 bis 60 Personen
- Klassenfahrten
- Wochenendarrangements

Familie Koopmans
De Slinke 19, NL 9011 WV Jirnsum
Ruf 0031-566-631604
An Bord 0031-6-50681864
E-mail: info@frieslandcharter.nl
Internet: www.frieslandcharter.nl

Klipper DE HOOP****

Erste Hilfe.

Selbsthilfe.

brot-fuer-die-welt.de/selbsthilfe

Brot für die Welt

Ihre Anzeige in der E&W
Telefon:
0201 84300-32

WUS World University Service

„Jeder hat das Recht auf Bildung...“
Artikel 26 (1) Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Wer wir sind

World University Service (WUS) ist eine internationale, politisch und konfessionell nicht gebundene Organisation von Studierenden, Lehrenden und Mitarbeitenden im Bildungssektor. WUS-Deutschland setzt sich mit seinen Projekten für das **Menschenrecht auf Bildung** ein.

Förderung des Globalen Lernens und Bildung für nachhaltige Entwicklung

Unterstützung von ausländischen Studierenden aus Afrika, Asien und Lateinamerika

www.wusgermany.de

Diesmal

Cartoon: Freimut Woessner